

Eübeder Volksbote

Organ für die Interessen der wertfähigen Bevölkerung

Der „Eübeder Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementspreis, einschließlich der Unterhaltungsbeilage „Die Neue Welt“, vierteljährlich 2.40 Mk., monatlich 80 Pfg.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Zersprecher Nr. 92A.

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 254.

Sonnabend, den 28. Oktober 1916.

23. Jahrg.

Die Einheitsfront der Gegner.

Von Richard Gädke.

Die letzte Berichtswoche scheint den Beweis dafür gebracht zu haben, daß der große einheitlich gedachte allgemeine Angriff unserer Gegner gescheitert ist, der uns gleichzeitig von Westen, von Italien, von Rußland anfallen und durch den zusammengefaßten Stoß überlegener Massen erdrücken sollte. Man nahm an, daß unsere Fronten zu ausgebeutet geworden seien, um dem gleichzeitigen Vorgehen aller feindlichen Heere überall zur Abwehr genügende Kräfte gegenüberstellen zu können, und rechnete im Beginn des Sommers auch darauf, daß die eigene Offensive der Mittelmächte gegen Verdun und aus Tirol heraus ihre Streitkräfte genügend gefesselt habe, um dem plötzlich einkehrenden Vorgehen der Gegner nicht rechtzeitig genug entgegenzutreten zu können. Nun stellte sich freilich von Anfang an eine Unstimmigkeit in der Durchführung der feindlichen Pläne heraus. Die Russen gingen einen Monat früher vor, als die Westmächte dazu bereit waren. Das möchte diesen zunächst als ein Vorteil erscheinen, weil es ihre eigenen Unternehmungen zu erleichtern schien, hatte aber zur Folge, daß die Russen bereits durch große Verluste ermattet waren, als Engländer und Franzosen erst die volle Wucht ihrer Waffen zu entwickeln begannen. Wahrscheinlich aber wurden diese auch ihrerseits dadurch zu früherem Vorschlagen veranlaßt, als ihren Vorbereitungen entsprochen hätte. Allerdings hatten sie bereits eine mächtige Artillerie aufgestellt und außerordentliche Vorräte an Geschossen aufgestapelt. Sie hatten zahlreiche Fliegergeschwader zur Unterstützung der Angriffe zusammengezogen, und die Franzosen waren ungeachtet des Kampfes um Verdun mit der Bereitstellung ihrer Angriffsheere fertig geworden. Nicht so die Engländer! Ihre „neue Armee“ war erst mit Teilen bereit, in die Schlacht zur Seite ihrer Bundesgenossen einzugreifen. Auch diese Teile waren zu Beginn der Schlacht nicht überall für die fürstbaren Aufgaben eines entscheidenden Angriffs völlig vorbereitet. Erst im Laufe der immer länger sich hingiehenden Durchbruchschlacht konnten sie neue und neue Truppen über den Kanal hinüberwerfen, die allmählich höheren Kampfeswert erlangten. Es ist aber klar, daß die Zusammenfassung aller Streitkräfte gleich im Juli auf breiter Front und doch tief gegliedert höhere Ausichten geboten hätte als ihr tropfenweiser Einsatz nach vielen Mißerfolgen. Wenn sie jetzt von einer Zermürbungsschlacht reden, durch die sie unsere Verteidigungskraft in immer neu wiederholten Teilangriffen erschöpfen möchten, so machen sie aus der Not eine Tugend. Es ist nach allen kriegsgeschichtlichen Erfahrungen wahrscheinlich, daß der Angreifer dabei schlechter fährt als der Verteidiger. Das scheint auch diesmal der Gang der Dinge wieder bestätigt zu haben.

Jedenfalls ist es den vereinten Bemühungen der Gegner nicht gelungen, Deutschland den Vorteil der inneren Linie zu rauben, der darin besteht, die Kräfte von einer Front zur anderen, je nach den Bedürfnissen des Augenblicks, hinüber zu werfen. Freilich prägte sich darin auch die unerschöpfte Volkskraft Deutschlands aus, zugleich ist es ein Beweis dafür, daß die blutigen Verluste der Gegner unvergleichlich höher gewesen sind als die unsrigen. Auch wo uns Zahlen fehlen, liegt hier ein folgerichtiger Schluß aus den kriegserfahren Ereignissen vor uns. Das mag bei den riesigen Opfern, die dieser Weltkrieg verlangt, nur ein Trost in Tränen sein; aber wir dürfen daraus doch zugleich ein hohes Maß von Zuversicht für den endgültigen Ausgang des Krieges gewinnen.

Auch das Hineinziehen Rumäniens in den Strudel dieses Krieges darf uns ein weiterer Beweis sein, daß die Gegner bereits daran verzweifeln, uns aus eigener Kraft noch niederwerfen zu können. Die 500 000 oder 600 000 Mann sollten im Verein mit der Saloniki-Armee der Tropfen sein, der das Glas Wasser zum Überlaufen brachte. Und endlich hoffte man dadurch wohl auch Griechenland zuletzt noch mitzureißen. Was die Russen nicht mehr vermochten, sollten die Balkanstreitkräfte endlich erzwingen; sogar die Italiener, so erfolglos sie an ihren eigenen Grenzen waren, mußten dem letzten Versuch dienstbar werden.

Die verfloßene Woche scheint das Scheitern auch dieses Planes besiegelt zu haben.

Im Westen allerdings versuchten Franzosen und Engländer immer wieder das Ziel des Durchbruchs durch unsere Linien doch noch zu erzwingen. Seit Monaten erneuert sich hier das gleiche Schauspiel des Wechsellagens und Wiederanschwellens der Kampfaktivität; schon aber muß der Alkohol ihre Truppen in halber Betäubung dem furchtbaren Feuer unserer Maschinengewehre und Minenwerfer entgegenreiben. Trotzdem erreichen ihre Angriffe wohl noch die Wut und tiefe Glieberung, aber nicht mehr die große Frontbreite ihrer früheren Stürme; seit dem 25. September hat ein allgemeiner, einheitlicher Angriff zwischen Ancre und Somme nicht mehr stattgefunden. Selbst der Großkampftag des 18. Oktober sah die Gegner nur in der verhältnismäßig beschränkten Breite zwischen Le Cars und Morval (9 Kilometer) anstürmen. Sie haben dann wieder am 21. Oktober auf beiden Flügeln unserer Verteidigungsfront nördlich und

südlich der Somme und am 22. in der Mitte der Front vorzudringen versucht.

Im Osten vollends ruht die Offensive Brussilows; nur vereinzelte Vorstöße haben noch stattgefunden, denen ein Erfolg nicht beschieden sein konnte. Auch diese Teilangriffe waren meist nur eine Antwort auf die erfolgreichen Stürme unserer eigenen Truppen, die bald hier, bald dort in die vorderen Gräben der Russen einbrachen und sie auf dem rechten Flügel der Heersfront des Prinzen Leopold vom Westufer der Karajewka ganz verdrängten. (Kämpfe des 16. bis 22. Oktober.) Das Verhältnis zwischen beiden Heeren hat sich hier also fast in das Gegenteil dessen gekehrt, was es während der Sommermonate war.

Auch an der italienischen Grenze hält Cadorna nach dem Mißlingen seines achten Angriffs auf die Isonzo-Front im Küstenlande völlige Ruhe. Nur am Pasubio zwischen Etsch und Travignolo-Lal versuchten die Italiener im hartnäckigen Gebirgskampfe Vorteile zu erzielen. Auch hier aber sind die Truppen unserer Verbündeten schon wieder zum Gegenstoß vorgegangen. Möglich, daß das gesteigerte Geschützfeuer des 22. Oktober ein neues Unternehmen gegen die Karsthochfläche östlich und südlich von Görz ankündigen soll. Falls nämlich die Verluste des letzten Angriffs bereits erkeht sind, die zwischen 60 000 und 100 000 Mann geschätzt werden.

Nirgends aber zeigt sich mit größerer Klarheit, daß die Strategie unserer Gegner Schiffbruch gelitten hat, als im Südosten unserer Front, auf dem Balkan. Allerdings haben die Rumänen sich nach ihren schweren Niederlagen von Hermannstadt, Fogaras, Kronstadt auf dem Gebirgskamm an den Grenzen ihres Landes sich von neuem festgesetzt. Gestützt auf die schwierigen befestigten Pässe, unterstützt durch die tiefe Verschneidung der Straßen und Hänge haben sie sich hier hartnäckig gewehrt und anscheinend nicht überall ohne Erfolge gekämpft. An anderen Stellen aber haben sie im Laufe der Woche bereits nachgeben müssen und am 22. Oktober an dem wichtigen Predaalpasse, durch den die Straße von Kronstadt nach Bukarest führt, 560 Gefangene verloren. Auch weiter östlich im Bugentale, scheinen sie bedrängt zu sein.

Während aber ihre Kräfte hier gefesselt sind, ist an der Südgrenze ihres schmalen Landes die Armee Mackensen erneut zum Angriffe vorgegangen und hat die besetzte Stellung südlich Cernavoda—Constanța in der dreitägigen Schlacht des 19. bis 21. Oktober erlöhnt. Deutsche, türkische, bulgarische Truppen haben hier miteinander gewetteifert, und trotz Regen und tiefem Lehmboden sofort die Verfolgung durchgeführt. Schon am 22. Oktober drangen sie östlich Mufatlar weit über die Senke hinüber, durch die eintritt die Donau geflossen sein soll, und besetzten die wichtige Hafensstadt Constanța, den Endpunkt der Bahnlinie von Bukarest. Schon ist auch die große 17 Kilometer lange Bahnbrücke über die Donau bei Cernavoda bedroht.

Der Erfolg ist sehr groß, seine Tragweite noch gar nicht abzuschätzen. Zwar ist dem Lande der Seenerkehr noch nicht gänzlich abgeschnitten, da die Donaumündung ihm vorläufig noch bleibt, aber er ist sehr bedrängend. Große Vorräte besonders an Petroleum, sind voraussichtlich in die Hände unserer Truppen gefallen. Vor allen Dingen aber wird die Gesamtlage Rumäniens — acht Wochen nach seinem Eintritt in den Krieg — sehr schwierig. Von Norden und von Süden her ist sein Gebiet bedroht, und die Unterwürigkeit der Russen hat sich als völlig unzulänglich erwiesen, trotzdem ihre eigene Offensive in Ostgalizien und Wolhynien, wie wir sehen, aufgehört hat. Die großen Massen, mit denen es uns bedrohte, sind eben offenbar wieder einmal, mindestens vorläufig, erschöpft.

Inzwischen hat die deutsche Heeresleitung noch die Mittel gefunden, die Offensive der Saloniki-Armee, deren linker Flügel nach einigen erfolgreichen Gefechten gegen Monastir vorrückte, zum Halten zu bringen und in die Verteidigung zurückzuziehen, trotzdem die nächstbesetzten geopferten Serben bereits durch Franzosen unterstützt worden waren. Auf dem anderen Flügel, östlich der Struma, haben türkische Truppen den Angriff der Engländer abgewiesen, und in der Mitte der Front östlich des Wardar haben wieder deutsche Streitkräfte jedes Vordringen des Gegners vereitelt.

Das Fazit ist, daß unsere Heeresleitung auch jetzt überall rechtzeitig zum Angriff übergegangen, der Gegner überall zu spät gekommen ist.

Die Annahme der sechsten Kriegsanleihe.

Zwei sehr verschiedenartige Gegenstände waren es, die das Hauptinteresse der Reichstagsfraktion von Freitag auf sich konzentrierten: auf eine Rechts- und Prinzipienfrage, in deren Mittelpunkt eine einzelne Persönlichkeit, der Abg. Liebknecht steht, folgte eine Sachentscheidung allergrößten Umfanges, die Bewilligung des größten aller bisher geforderten Kriegskredite. Die Frage der Haftentlassung Liebknechts, die durch den dringenden Antrag Bernstein und Genossen gefordert wurde, hatte ein Vorbild dadurch, daß die Regierung die Erlaubnis zur Einleitung eines neuen Strafverfahrens sowohl gegen Liebknecht als auch eines Strafverfahrens gegen den Abg. Kühle forderte. Aber während die Geschäftsordnungskommission, der die Vorberatung dieser Angelegenheiten oblag, hatte, in diesen letzten Fällen die Verweigerung der Genehmigung des Reichstages bekräftigte, hatte sie sich in dem bereits schwebenden Verfahren gegen Liebknecht nicht bewegen lassen können, ihren früheren Standpunkt, der die Einleitung dieses Verfahrens ermächtigt hatte, zu verlassen. Für Liebknecht traten drei Verteidiger auf: Genosse Landsberg, der namens der sozialdemokratischen Fraktion, Genosse Stadthagen, der namens der Arbeitsgemeinschaft und schließlich Genosse Kühle, der als engster und einziger Fraktionskollege Liebknechts sprach. Genosse Landsberg trat mit kurzen, warmen und überzeugenden Worten für die persönliche Ehrenhaftigkeit Liebknechts ein, die das Kriegsgericht zweiter Instanz so großlich verkannt hat. „Wäre es Liebknechts Absicht gewesen, die Wehrmacht des deutschen Volkes zugunsten unserer Gegner zu schwächen, so wäre dieser Antrag nicht gestellt worden.“ Die Aberkennung der persönlichen Ehre in diesem Urteil, das seinen Platz neben den Reaktionsurteilen der fünfziger Jahre finden werde, zeige zur Genüge, wie sehr man das Verfahren in eine Zeit größerer politischer Leidenschaftslosigkeit verlegen müsse. Genosse Stadthagen geißelte insbesondere die öffentliche Stimmungsmache, die gegen Liebknecht getrieben worden sei, indem die Sentur im Urteil erster Instanz die Stellen unterdrückt habe, die zu Liebknechts Gunsten sprachen, während in dem Bericht über die Verhandlung zweiter Instanz sogar direkte Unrichtigkeiten hineingebracht seien. Genosse Kühle sprach weniger in der Absicht, das Haus zu überzeugen, sondern, wie er selbst erklärte, zum Senat hinaus. Er meinte, daß Liebknecht die Ablehnung des Antrages als persönliche Genugtuung empfinden würde. Im übrigen wären die bürgerlichen Parteien auch durch Engeltzungen nicht umzustimmen gewesen. Sie begnügten sich, durch den Berichterstatter von Peyer ihre Gründe

summarisch entwickeln zu lassen und lehnten im übrigen den Antrag Bernstein ab.

Die Forderung des neuen 12-Milliarden-Kredites begründete der Reichschatzsekretär Graf von Roeder mit einer Rede, die in ihrer ruhigen und sympathischen Sachlichkeit aufmerksam angehört wurde. Namentlich die Vergleiche des Reichschatzsekretärs zwischen englischem und deutschem Finanzwesen, seine Darlegungen darüber, daß nicht die gesamten verbrauchten Gelder als reine Heeresauswendungen zu betrachten, sondern zum Teil in realen Werten noch vorhanden seien, weckten allgemeines Interesse. Die bürgerlichen Parteien gaben in ihrer Gesamtheit durch den Abg. Spahn eine kurze Zustimmungserklärung ab. Für die sozialdemokratische Fraktion verlas Genosse Ebert eine ausführlich begründete Zustimmungserklärung. Diese legt namentlich dar, daß die Erklärungen der leitenden Staatsmänner in den gegnerischen Ländern sowie auch der führenden Kreise der dortigen Sozialisten keine Hoffnung auf einen baldigen Frieden erkennen lassen, der mit den Lebensinteressen Deutschlands und der deutschen Arbeiterklasse vereinbar wäre. Alle über einen Verteidigungskrieg um die Existenz der Nation hinausgehenden Kriegsziele weist die Erklärung scharf zurück und erwartet von der Regierung, daß sie alles zur Herbeiführung eines baldigen Friedensschlusses und zur Erleichterung der Nahrungsmittelversorgung der Bevölkerung tun werde. Den ablehnenden Standpunkt der sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft vertrat Genosse Bernstein. Angesichts seiner sehr ruhigen und durch-aus auf dem Boden der Sachlichkeit stehenden Ausführungen erschien es sehr unangebracht, wenn der amtierende Vizepräsident Dr. Passche in engherziger Auslegung des Themas den Redner durch zweimaligen Ruf zur Sache und die Androhung der Wortentziehung einzuschränken suchte, ebenso unangebracht erschienen die mehrfachen Unterbrechungen des Redners durch lärmenden Kundgebungen der bürgerlichen Parteien, namentlich der Rechten.

Am Ende seiner Rede verlas Genosse Bernstein die Erklärung der sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft, in der ausgedrückt wird, daß die Stellung der sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft zu den Kriegskrediten ihrer Stellung zum gesamten Problem des Krieges entspreche. Die sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft könne keinen richtigen Grund für die Fortsetzung des Krieges anerkennen und lehne deshalb die

Kredite ab. Auf Antrag des Abg. Baffermann (nall.) wurden alle drei Leihungen der Vorlage hintereinander vorgenommen, sie ergaben die Annahme der Kreditvorlage gegen die Stimmen der sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft. Darauf nahm der Reichstag die namentliche Abstimmung über die am Donnerstag beratene Vorlage vor, die eine Beratung der auswärtigen Politik in der Budgetkommission auch während einer Vertagung ermöglichen will. Von 334 abgegebenen Stimmen waren 302 für Annahme, 31 dagegen, ein Abgeordneter enthielt sich der Stimme. Trotz der inzwischen vorgerückten Zeit fuhr der Reichstag in der Tagesordnung fort. Nach der ersten Beratung eines Gesetzes über die Festsetzung von Kurien der zum Börsenhandel zugelassenen Wertpapiere gelangte noch die wichtige Frage der Schützerei zur Erörterung. Genosse Landsberg als erster Redner kritisierte scharf die Ungerechtigkeit dieser Einrichtung, er zeigte an verschiedenen Fällen, wie sehr durch sie gegen das Prinzip der Gerechtigkeit verstoßen werde. — Nachdem noch der Zentrumsabgeordnete Gröber zu diesem Punkte gesprochen hatte, wurden die Verhandlungen abgebrochen und auf Sonnabend vertagt.

Von den Kriegsjahresplänen.

Die Lage in Rumänien macht der Entente natürlich recht viel Kopfschmerzen. Während Asquith im englischen Unterhaus vor einem übertriebenen Pessimismus warnte und erklärte, daß die Entente gemeinsame Maßregeln ergreifen habe und noch ergreifen werde, um Rumänien zu unterstützen, forderte die französische Presse, allen voran „Journal de Genève“, ein einheitliches Kommando. Das Blatt weist darauf hin, welche großen Erfolge die Mittelmächte durch das einheitliche Kommando unter Hindenburg erzielt hätten. In einem Lager werde kommandiert, im andern überlegt und verhandelt. Die Balkanereignisse hätten von neuem diesen Mangel an Kommando einseitig der Entente gezeigt. Die Entente sei natürlich nicht durch Rumäniens Kriegseintritt überrascht. Die Mittelmächte dagegen seien es gewesen oder hätten wenigstens so getan. Man habe sich also gefast, wenn der sehr geschickte Herr Fratiannu sich entscheidet, dann tut er es, weil Sarraill für eine Offensive bereit ist und die Russen eine Armee zur Verhinderung Bulgariens verfügbar haben. Die Ereignisse bewiesen das Gegenteil. In einem Lager habe der Kaiser Hindenburg kommen lassen, der einfach den Feldzugsplan angeordnet habe und dessen Befehle überall hin gingen, und das Resultat kenne man. Auf der anderen Seite sei die Aktion Sarraills in den ersten Anfängen stecken geblieben. Man habe den Eindruck, daß nur die unglücklichen Serben sich wirklich Mühe gaben. Die russische Odesa-Armee scheine bisher nur Mythos zu sein. Die Rumänen könnten Falkenhagens und Maenssens Armeen nicht standhalten. Es scheint, daß die Entente von den Ereignissen überrascht sei, daß sie herumtaste und einen Weg suche, und daß Rußland nicht die erwarteten Anstrengungen mache.

Die Italiener glauben, den Rumänen durch ihren Vormarsch in Südbanien zu entlasten. Bisher haben diese aber recht wenig davon verspürt. Angeblich leidet Rumänien bereits an einem fühlbaren Munitionsmangel. Russische Blätter erklären, die Munitionsvorräte hätten höchstens für einen intensiven Feldzug von acht Wochen ausgereicht. Es sei verhängnisvoll, daß der rumänische Generalstab die militärische Kraftentwicklung unterschätzt habe. Für Rumänien wäre es das einzig Richtige gewesen, zu Beginn des Krieges unter engler Anleitung an die russischen Streitkräfte in aktiver Defensive sich an die Hauptereignisse vorzubereiten, anstatt eine unter dembar größter Kräfteverpflüchtung vor sich gehende Offensive ins Leben zu setzen.

In Griechenland soll nach verschiedenen Meldungen demnächst eine große Schlacht zu erwarten sein. Bemerkenswert ist, daß die erste Division der griechischen revolutionären Armee an der Front eingetroffen ist. Benizelos hat also bereits einen Teil seines Versprechens der Entente gegenüber eingelöst.

Besten Umfang die Kämpfe zwischen Ententesoldaten und Bevölkerung in Athen angenommen haben, geht daraus hervor, daß bei den Straßenkämpfen am letzten Sonnabend 12 Tote, darunter 3 Franzosen zu verzeichnen waren. Außerdem sind 3 Franzosen und 2 Belgier schwer verwundet.

Wie immer in ähnlichen Fällen, durchschwitzen die aufregenden Gerüchte das norwegische Land. Man spricht bereits von einem deutschen Ultimatum, insofern die norwegische Regierung die deutsche Note noch gar nicht beantwortet hat. Die Presse tritt diesen Gerüchten sehr entgegen. Einige Erregung wird fraglos noch eine deutsche Anordnung hervorgerufen, über die „Neue Norwegische Courant“ schreibt: Von deutscher Seite wurde angeordnet, daß in den Niederlanden an den norwegischen Schiffen keine Reparaturen mit aus Deutschland kommenden Eisen mehr vorgenommen werden dürfen. — Hierzu bemerkt Wolff: Diese Anordnung kommt nur für solche Schiffe in Frage, die für Deutschlands Feinde beschäftigt sind.

Es handelt sich hier also um eine ganz selbstverständliche Maßregel.

Der gesamte Kriegserlös der norwegischen Handelsflotte beträgt bisher 268134 Krone-Registrieren, deren Beförderungssumme sich auf 102 015 190 Kronen beläuft. 149 Seelen kamen dabei ums Leben. Infolge dieses Verlustes soll jetzt Kanada für Norwegens Handelsflotte bauen.

Norwegens Eisenindustrie ist durch das deutsche Ausfuhrverbot für Eisen schwer betroffen worden. Unter norwegisches Parteiblick besteht die hierdurch hervorgerufene Situation wie folgt: Durch das deutsche Ausfuhrverbot für Eisen ist die Lage für die norwegischen Werften und mechanischen Werkstätten äußerst kritisch geworden, zumal die vorhandenen Vorräte gering sind. Es herrscht sehr großer Mangel an Rohstoffen, die auch in den letzten Tagen ungeheuer im Preise gestiegen sind, allein getrennt um vier Kronen für 100 Kilogramm. Infolgedessen sind die häufigen Einfuhrverbot ausschließlich auf den amerikanischen Markt ausgerichtet, der jedoch infolge englischer Beschlüsse für Spanien überlassen ist.

Die Kriegslage.

22. Großes Hauptquartier, 27. Okt. (Südlich.)

Westlicher Kriegsjahresplan.

Sei heute Generalität der Artillerie ist es möglich der Grenze an zu setzen bei Einrückungsstellungen stehen. Auf den Südbank ist durch neue auf die westlichen Grenzen gelegte Einrückungsstellungen ein für vorübergehende Zeit der Grenze in Abschnitt Fresnes—Rejanecourt—Echeluses niedergelassen worden.

Heeresgruppe Kronprinz.

Der Kriegserfolg war insgesamt auf dem westlichen Fronten zwischen Westfronten und Ostfront sehr günstig. Die Franzosen haben die Ostfronten von der Ostfronten an. Sie werden sehr schnell abgerufen.

Ostlicher Kriegsjahresplan.

Front des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern.

Am der Schützerei wiederholten die Russen zweimal vergeblich ihre Angriffe. Die stürmenden Kompagnien wurden von der Grabenbesetzung durch Feuer zurückgetrieben. Weiter südlich an der Weblina-Mündung nahmen schlesische Landwehrlente eine russische Vorpostenstellung und brachten einen Offizier und 88 Mann gefangen ein.

Au der Lupa-Front dauert im Abschnitt von Kijel in die starke Artillerietätigkeit der Russen an. Um Mitternacht erfolgte ein Angriff, der vor unseren Hindernissen im Feuer zusammenbrach.

Front des Generals der Kavallerie Erzherzog Carl.

Im Südteil der Waldkarpathen sind erneute rumänische Angriffe gescheitert. Vorstöße des Feindes an der Ostgrenze von Siebenbürgen sind zurückgeschlagen. Südlich von Predeal und in Richtung Kampulung haben unsere Angriffe Fortschritte gemacht.

Balkan-Kriegsjahresplan.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls von Mackensen.

Die Verfolgung der geschlagenen Dobrudscha-Armee wird fortgesetzt. Die Gegend von Harzewa ist von den verbündeten Truppen erreicht.

Mazedonische Front.

Nichts Neues.

Der Erste Generalquartiermeister Lubendorff.

Wien, 27. Oktober. (Uml.)

Westlicher Kriegsjahresplan.

Heeresfront des Generals der Kavallerie Erzherzog Carl. Unsere Angriffe nördlich von Campolung und südlich von Predeal machen Fortschritte. An der ungarisch-rumänischen Ostfront wurden feindliche Vorstöße abgelehnt. Bei Sara Dornai nahmen unsere Truppen einen russischen Höhenstützpunkt; Gegenangriffe der Russen scheiterten.

Front des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold v. Bayern. Im Bereich der österreichisch-ungarischen Streitkräfte nichts von Belang.

Italienischer Kriegsjahresplan.

Die feindliche Artillerie- und Minenwerfertätigkeit gegen die Stellungen auf der Karst-Hochfläche und die dahinterliegenden Räume steigerte sich zeitweilig zu großer Heftigkeit.

Südsüdlicher Kriegsjahresplan.

In Albanien nichts Neues.

Gegen Frankreich und Belgien.

Frankösischer Heeresbericht

Am 26. Oktober nachmittags: An der Front von Verdun ist die Lage unverändert. Die Deutschen versuchten während der Nacht keinen Gegenangriff und beschränkten sich darauf, den Abschnitt von Lang-Douaumont heftig zu beschießen. Sonst war die Nacht überall ruhig. Flugwesen: Ein deutsches Flugzeug wurde durch das Feuer von Automobildieselgeschützen in der Gegend von Vouquois in der Nähe der französischen Linien abgeschossen. Ein französischer Piloter griff eine auf der Straße von Conflans nach Etain marschierende Artillerielonne aus 100 Meter Höhe an und brachte die Führer in Verwirrung, die die Spannung verließen und flüchteten. Orientarmee: Nördlich der Berge von Staras und Grub haben die Serben die Deutschen und Bulgaren gereizt und sich der befestigten Höhen am Zusammenstoß der Cerna und Strumica bemächtigt und 100 Gefangene gemacht. Südwestlich des Prespa-Sees besetzte französische Kavallerie, durch Infanterie-Abteilungen unterstützt, am 24. Oktober die Brücken von Sreseda und die Dorfer Goldberda und Lejica. — Auf den übrigen Fronten hinderte Nebel die Operationen. Ueberbericht: Nördlich der Somme wurde ein Angriffsversuch des Feindes auf das Gebiet Bois d'Abbe südlich Fougadesnes mißlos abgelehnt. Der Artilleriekampf dauert an und ist sehr lebhaft in der Gegend Sailla-Sailliel sowie südlich der Somme im Abschnitt Vermandoillers und Chaulnes. An der Verdun-Front war der Tag durch heftige Gegenangriffe des Feindes gekennzeichnet. Viermal griffen die Deutschen die Stellungen an, die wir ihnen in Douaumont genommen hatten. Um 8 1/2 Uhr morgens und um 2 1/2 Uhr nachmittags wurden zwei Angriffe auf das Fort und unsere Fronten erfolglos gemacht. Sie wurden trotz heftiger vorangegangener und begleitender Beschließung durch unser Artillerie- und Infanteriefeuer gestoppt. Gegen 3 1/2 Uhr ging ein dritter sehr harter Angriff vor den Wäldungen bei Harbaumont aus. Unter dem Feuer unserer Batterien und Maschinengewehre genommen, mußten die vier Sturmwellen in Unordnung zurückflüchten, wobei der Feind bedeutende Verluste erlitt. Einige vereinzelte Abteilungen, die sich unserer ersten Linie genähert hatten, wurden gefangen. Schließlich erlitt ein vierter Angriffsversuch auf unsere Gräben südlich des Chaux-Reu-Waldes ebenfalls einen völligen Mißerfolg. Unsere Front wurde vollständig behauptet. Die Gesamtzahl der bisher gefangenen Gefangenen übersteigt 5000, dazu kommen mehrere Hundert Verwundete, die in unseren Lazaretten aufgenommen wurden. Sonst verlief der Tag überall ruhig. — Belgischer Bericht: Die belgische Grabenartillerie erzwang und unterhielt trotz Gegenwirkung der schweren deutschen Artillerie ein Zerstörerfeuer auf deutsche Schanzarbeiten in der Nähe von Grenzkein 16 an der Iser.

Englischer Heeresbericht

Am 26. Oktober, nachmittags: Es wurden erfolgreiche Überfälle auf deutsche Verschanzungen bei Monchy und nördlich von Arras unternommen, beträchtlicher Schaden angerichtet und Gefangene gemacht. — Ueberbericht: Heute morgen wurde ein Angriff des Feindes gegen den „Stiff-Graben“ (nördlich der Stiff-Schanze) mit beträchtlichen Verlusten abgelehnt. Unsere Artillerie zeigte sich sehr tätig. Die feindliche Artillerie war südlich der Ancre und in Gegend Loos tätig. Trotz des ungenügenden Wetters bewarfen unsere Flugzeuge einige feindliche Hugeldepots (Hilled Depots) mit Bomben. Drei unserer Flugzeuge sind nicht zurückgekehrt.

Große feindliche Fliegerverstecke

In der Zeit vom 1. bis 18. Oktober sind nach Petersburger Blättern nicht weniger als 42 französische, englische und amerikanische Flieger außer Gefecht gesetzt. Unter den weiter zum Abwurf gebrachten Fliegern befindet sich auch ein Chinese, der Sergeant Tu, der sich dem französischen Heer freiwillig zur Verfügung gestellt hatte.

Gegen Rußland.

Russischer Heeresbericht

Am 26. Oktober. Westfront: Keine feindliche Abteilungen unternommen in der Gegend von Poznan in Richtung Zolotichow und Lagow. Sie wurden jedesmal zurückgewiesen. In den Waldkarpathen ging der Gegner in Stärke von etwa zwei Korps voran. 3 West nordwestlich des Karpaten-Berges eine dort gelegene Höhe an. Er wurde durch unser Feuer aufgehalten. Ostfront: Die Front: Unsere Truppen besetzten nach erbittertem Kampfe die Stadt Bidjar nordwestlich von Demodan; wir machten Gefangene und erbeuteten zwei Geschütze. — Rumänische Front (Dobrudschafont): Den rumänischen

Truppen gelang es, den Vorstoß überlegener feindlicher Kräfte anzuhalten. (Dobrudschafont): Der gegnerische Vorstoß wurde etwas schwächer.

Der Balkankrieg.

Bulgariischer Bericht

Am 26. Oktober. Mazedonische Front: Die Lage ist unverändert. Südlich des Prespa-Sees fand ein Gefecht mit schwachen feindlichen Abteilungen statt. Von der ganzen Front zwischen Prespa-See und dem Ägäischen Meere ist nichts von Bedeutung zu melden, außer schwacher Artilleriefeuer längs der Küste des Ägäischen Meeres. Rumänische Front: Der Feind befindet sich auf der ganzen Dobrudschafont in überlegener Rücklage auf Tulstha, Braita und Harjona. Die Verfolgung wird fortgesetzt. Am 25. Oktober nahmen wir 15 Offiziere und 771 Mann gefangen und erbeuteten 15 Maschinengewehre. An der Donau-Front hat sich nichts ereignet.

Rumänischer Bericht

Am 26. Oktober: Nord- und Nordwestfront: Westlich Bulgahes Artilleriekämpfe. Wir nahmen den Berg Kereharus südlich Bicaa. Im Trotus-Tal ist die Lage unverändert. Im Uzul-Tal wurde der Feind nach Westen bis zum Nasoli-Hügel zurückgeworfen. Im Dituza-Tal geht der Kampf jenseits der Grenze weiter. Wir machten einen Offizier und 137 Mann zu Gefangenen. Zusammenfassend ist festzustellen, daß der Feind an der Westgrenze der Moldau nach heftigen Kämpfen überall über die Grenze zurückgeworfen wurde. Er hält gegenwärtig nur ein kleines Geländestück zwischen Spiltha und Trotus und eine kleine unbedeutende Stellung im Uzul-Tal besetzt. Seine Verluste sind sehr groß. Im Buzen-Tal bei Tablabuzi, Gratocea und Prebelus nichts Neues. Der Kampf geht südlich Braica weiter. Feindliche Angriffe wurden abgewiesen. In der Dragoslawle-Gegend schlugen wir heftige Angriffe des Feindes zurück. Im M-Tal nichts Neues. Im Ziu-Tal rückt der Feind in der Gegend westlich des Tales vor. Armeeführer General Dragulka wurde bei der Leitung der Operationen in dieser Gegend verwundet. Bei Dofona Artilleriekampf. Südfront: An der Donau einige Kanonenschüsse. In der Dobrudschafont nichts Neues.

Der Seekrieg.

13 englische Vorporkenschiffe versenkt.

REB. Berlin, 27. Oktober. (Uml.) In der Nacht vom 26. zum 27. Oktober stießen Teile unserer Torpedobootstreitkräfte aus der deutschen Bucht durch die Straße Dover—Calais bis zur Linie Folkestone—Boulogne in den englischen Kanal vor. Nach bisheriger Meldung des Führers der Torpedoboots, Commodore Mitchell, wurden zum Teil unmittelbar vor den feindlichen Häfen versenkt mindestens 13 Vorporkenschiffe und zwei bis drei Zerstörer oder Torpedoboots. Einzelne Leute der Besatzung konnten gerettet und als Gefangene eingebracht werden. Mehrere andere Bootfahrzeuge und mindestens zwei Zerstörer wurden durch Torpedotreffer und Artilleriefeuer schwer beschädigt. Ferner wurde der englische Postdampfer „Queen“ südlich Folkestone versenkt, nachdem der Besatzung Zeit zum Aussteigen gegeben war. Im Kanal bei Wazne-Zuerichschiff herrschte ein auffallend reger Verkehr von Lazaretttschiffen. Unsere Torpedoboots sind wohlbehalten und ohne jeden Verlust in die deutschen Gewässer zurückgekehrt.

Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

Englische Darstellung.

Die Admiralität teilt mit: Letzte Nacht versuchten zehn feindliche Zerstörer einen Überfall auf unsere Transportdienst im Kanal. Der Versuch mißglückte. Ein leeres Transporttschiff wurde versenkt, die Besatzung gerettet. Zwei feindliche Zerstörer wurden versenkt, die anderen vertrieben. Man befürchtet, daß ein britischer Zerstörer verloren ging; neun Mann der Besatzung wurden gerettet. Ein anderer Zerstörer wurde torpediert und an Strand gestrandet.

Weiter wird amtlich aus London gemeldet: Der britische Minenjäger „Genista“ wurde von einem feindlichen U-Boot torpediert und versenkt; alle Offiziere und 73 Mann sind umgekommen, zwölf wurden gerettet.

Versenkte Schiffe.

Von deutschen U-Booten wurden versenkt: Der englische Dampfer „Lotusmere“ (3911 To.), mit 7000 To. Kohlen nach Archangelst, der russische Dampfer „Erika“ (2430 To.) mit 3500 To. Kohlen von Leith nach Archangelst und der englische Dampfer „Brantingham“ (2617 To.) mit Grubenholz von Archangelst nach England. — Nach einer Lloyd's-Meldung sind die norwegischen Dampfer „Senus II“ (784 Br.-Reg.-L.), „Dag“ (963 Br.-Reg.-L.), der dänische Dampfer „Alf“ (2175 Br.-Reg.-L.), die englischen Schoner „Tweed“ (200 Br.-Reg.-L.) und „Ting“ (128 Br.-Reg.-L.) und der belgische Dampfer „Comte de Flandre“ (1810 Br.-Reg.-L.) in den Grund geholt worden. Ferner ist nach einer Reutersmeldung der norwegische Dampfer „Sola“ (3057 Tonnen) in den Grund geholt worden. Die Besatzung ist gerettet. — Der norwegische Dampfer „Kathinka“ wurde in Brand gesteckt. — Nach einer Meldung des „Temps“ ist der französische Segler „Briquet“ (2197 Tonnen) und nach einer Meldung des „Matin“ der norwegische Dampfer „Riska“ versenkt worden.

Aufgebrachte Dampfer.

Der norwegische Dampfer „Profit“ (1120 Tonnen) wurde nach Eminemünde, der norwegische Dampfer „Alle Sarl“ (1084 Tonnen) nach Cuxhaven aufgebracht.

Zur Verlenkung des Truppentransportdampfers „Gallia“ berichtet die Mannschaft des verlenkten norwegischen Dampfers „Birk“, die am 25. in Bergen angekommen ist: Als das Schiff am 4. Oktober auf der Reise nach Marseille verlenkt worden war, wurde die Besatzung von einem französischen Hilfskreuzer an Bord genommen. Am gleichen Tage nachmittags traf der Kreuzer mehrere Rettungsboote und Fische und nahm insgesamt 1150 Mann auf. Auf den Fischen lagen 150 Leichen. Die Schiffbrüchigen gehörten zu dem Truppentransportdampfer „Gallia“, der auf der Reise nach Marseille mit 3000 Mann versenkt worden ist, von denen über 1500 umgekommen sind.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Die landwirtschaftlichen Genossenschaften.

Der Reichsverband der landwirtschaftlichen Genossenschaften ist in Berlin zu seiner ersten Kriegstagung zusammengetreten. Der erzwungene Jahresbericht läßt erkennen, daß das landwirtschaftliche Genossenschaftswesen eine gewaltige Ausdehnung erfahren hat. Die Zahl der Genossenschaften ist im ersten Kriegsjahr um 237 gestiegen, im zweiten Kriegsjahr um 316. Der Verband umfaßte am 1. Juni 1916: 28 752 Genossenschaften, davon sind 97 Zentralgenossenschaftsvereine, 17825 Spar- und Darlehnsvereine, 2867 Bezugs-Genossenschaften, 3594 Molkerei- (Milchverarbeitungs-) Genossenschaften und 4396 sonstige Genossenschaften. Der gesamte Mitgliederbestand beläuft sich auf rund 2,6 Millionen.

Das Elektrizitäts-Monopol in Sachsen
wurde von beiden Kammern des sächsischen Landtages wiederholt verhandelt. Es kam ein Kompromiß zustande, das beiden Teilen entgegenkommt, die Hauptfrage aber doch noch nicht ganz klärt. Beide Kammern nahmen die Vorlage an, zugleich auch ein entsprechendes Gesetz, so daß die Errichtung von Staatswerkstätten zur Versorgung des Landes mit Elektrizität beschlossen ist.

Oesterreich-Ungarn.
Der neue Ministerpräsident. Nach Meldungen aus Wien übernahm der bisherige gemeinsame Finanzminister v. Körber die Bildung eines Ministeriums.

Als um die Jahrhundertwende das damalige Kurienparlament wieder einmal völlig im Sumpfe steckte und der nationale Streit alles zu verschlingen schien, wurde Ernst von Körber zum Ministerpräsidenten ernannt. Er war vorher Handelsminister gewesen und hatte sich da als ein ernster Förderer der Sozialpolitik erwiesen, in der Oesterreich einmal, vor langen Jahrzehnten, vorangegangen war, die aber völlig zum Stillstand gelangt war. Während seiner Tätigkeit als Ministerpräsident hat Körber ein großzügiges Programm entworfen, von dem er allerdings nur erst wenig verwirklichen konnte. Dem Parteileben ließ Körber freien Lauf; in der Erkenntnis, daß freier Kampf der Meinungen dem Staate schließlich nützen muß, stellte er die kleinlichen Schikanen ein, mit denen seine Vorgänger alle Oppositionen verfolgt hatten. Er drang nicht durch. Auch er wurde durch die Obstruktion gezwungen, mit dem § 14 zu regieren. Ein ungünstiger Ausgleich mit Ungarn veranlaßte auch die Freunde seiner Politik und das Gemäherlassen der antikerikalen Bewegung erschlückte seine Stellung auch von oben her. Körber mußte schon gehen und zehn Jahre lang ging dieser fast norddeutsch-ernste Mann in Wien spazieren, da der Staat für ihn keine andere Verwendung hatte, als ihn zum — Kurator der Akademie der Wissenschaften zu machen. Erst die Not des Weltkrieges ließ wieder an Körber denken. Er wurde gemeinsamer Reichsfinanzminister, eine rein rechnerisch-technische Funktion, deren bosnisch-herzegowinischer Verwaltungsbereich jetzt überdies in der Zeit der Militärverwaltung über das Kriegsgebiet stark eingeschränkt war. Nun soll er wieder an die Spitze des Staatswesens treten.

Mus Lübeck und Nachbargebieten.

Sonnabend, 28. Oktober.
Das Mütterchen. Wir sind die kleinen Menschenansammlungen vor den Kriegsberichten schon lange gewöhnt. Früher mußte schon irgendwo ein großes Unglück passiert sein, wenn ein besonderes Telegramm ausgehängt oder angelesen wurde. Heute ist jeder Tag eine Katastrophe — vom rein menschlichen Standpunkt aus betrachtet. Jetzt lesen manche nur mehr die Ueberschriften — in einer Sekunde — und gehen ihrer Wege, als ginge sie die Sache nichts weiter an. Andere schütteln nach jedem gelesenen Absatz ein wenig mit dem Kopf oder schauen sich nach beendeter Lektüre einen Augenblick im Kreise der Mitleser um. Die Letzteren suchen nach einer tönenden Resonanz ihrer mehr oder minder wertvollen Gedanken und Gefühle und trösten sich, ein wenig verkehrt, wenn sie keinen Anknüpfungspunkt finden. Wieder andere wollen mit keiner Selbstverständlichkeit den Leseschmerz laut ihre eigene Meinung aufzwingen wie am Stammtisch.

Dieser Tage sah ich ein altes Mütterchen vor dem Heeresbericht. So viel Kummer sah in den Faltlinien ihres Gesichts. Die kleine zermürbte Gestalt mußte sich ordentlich strecken, damit die Sehkraft noch die Buchstaben erreichte. Sie las, und die dünnen Lippen bewegten sich mit, um die Worte besser fassen zu können. Nichts um sie herum existierte, wenn sie auch ein paar mal völlig umdrängt war von hastigen Lesern. Sie konnte nicht so schnell fertig werden und ließ sich einige Male eine ärmtliche graue Haarkrause aus dem Gesicht. Als sie zu Ende gelesen, ging sie, ohne sich umzusehen, in gebückter Haltung fort.

Ob sie auch das Wort begriffen hätte, daß der Krieg nur eine Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln sei? Vielleicht ist ein Sohn „draußen“, selbst schon Vater einer zahlreichen Familie, und sie fürchtet täglich das Unglück, das letzte in ihrem langen sorgreichen Leben. Der Krieg packt auch noch das alte Mütterchen, das längst mit dem äußeren Leben abgeschlossen hatte. Ihre Gedanken wandern in alten Tagen in fremde Länder, wo sich jetzt unzählige Schicksale erfüllen —

Der letzte Sohn! Aus einem Antwortschreiben des Kriegsministeriums an den Reichstagsabgeordneten Erzberger geht hervor, daß schon seit längerer Zeit Anträgen von Familien, von denen schon mehrere Söhne oder Familienmitglieder gefallen sind, den letzten noch lebenden Sohn oder sonstigen Angehörigen nicht mehr in der vorderen Front zu verwenden, soweit irgend angängig, in wohlwollender Weise im Wege der Kommandierung oder Verlegung Rechnung getragen worden ist. Eine dahingehende Anweisung sei auch allen militärischen Behörden im Felde zugegangen.

Die Ausgabe von Zusatzkartens an die arbeitende Bevölkerung für die nächsten sechs Wochen erfolgt in der Zeit vom 31. Oktober bis 4. November. Die genauen Einzelheiten der diesbezüglichen Bekanntmachung finden unsere Leser im Inzeratenteil dieses Blattes.

Selbstversorgung gewerblicher Betriebe. Die Verordnung über die Regelung des Fleischverbrauchs vom 21. August 1916 hat in § 9 bestimmt, daß als Selbstversorger neben Krantienführern und ähnliche Anstalten auch gewerbliche Betriebe, die Schweine ausschließlich zur Versorgung ihrer Angestellten und Arbeiter mästen, vom Kommunalverband anerkannt werden können. Es sollte durch diese Bestimmung Fabrikunternehmungen, Bergwerksgesellschaften und ähnlichen Betrieben ein Anreiz gegeben werden, selbst Schweine zur Mästung aufzustellen, da ihnen als Selbstversorgern nur 2/3 des Schlachtwertes angerechnet wird und ihnen stehen noch das Blut und die Eingeweide frei zur Verfügung stehen, so daß sie in die Lage kommen, ihren Angestellten und Arbeitern auf die Fleischmärkte Fleisch über die für das Reich festgesetzte Wochenfleischmenge hinaus zu verabreichen. Leider wird von dieser Bestimmung bisher kein genügender Gebrauch gemacht, es seien daher hierdurch die Inhaber von gewerblichen Betrieben auf sie besonders hingewiesen. Sicher werden auch die Arbeiter durch Abgabe der Abfälle ihrer Haushaltungen sich gern an der Mästung der Schweine beteiligen. Auch die Abfälle von etwaigen, von den gewerblichen Betrieben selbst eingerichteten Massenpeilungen ihrer Arbeiter würden dabei rationelle Verwendung finden. Anzuraten ist, daß der Inhaber des gewerblichen Betriebes, der Schweine zur Mästung aufstellen will, sich zuvor von dem Kommunalverband die Zustimmung geben läßt, daß er für seinen Betrieb als Selbstversorger anerkannt werden wird. — So schreibt das Kriegsernährungsamt.

Öffentlicher Arbeitsnachweis, Abteilung für Frauen und Mädchen. Mit der zunehmenden Bedeutung der Frauennarbeit im Erwerbsleben hat auch die weibliche Arbeitsvermittlung erheblich an Bedeutung gewonnen. Die Inanspruchnahme und Vermittlungstätigkeit des öffentlichen Arbeitsnachweises, Abt. für Frauen und Mädchen, haben sich um das Vielfache gesteigert und lassen, ob der Krieg noch länger dauert oder ob wir einen baldigen Frieden bekommen, eine weitere Steigerung erwarten. Dem sucht der öffentliche Arbeitsnachweis durch Errichtung besonderer Abteilungen Rechnung zu tragen, die eine schärfere und noch mehr den Bedürfnissen der Beteiligten entsprechende Abfertigung ermarken lassen. Mit dem 1. November werden im weiblichen Arbeitsnachweis 3 Abteilungen gebildet, die erste bezieht die Vermittlung von Hausangestellten, landwirtschaftlichen Angestellten und Gastwirtschaftspersonal (Geschäftszeit 9—12 und

Der amtliche Kriegsbericht.

W.W. Großes Hauptquartier, 28. Oktober. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.
Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.
Auf dem Nordufer der Somme haben gestern die Infanteriekämpfe wieder eingesetzt. Starke Artillerievorbereitung ging den Angriffen voraus, zu denen die Engländer über die Linie Gueudecourt—Lesboeufs, die Franzosen anschließend aus der Gegend von Morval in den Abendstunden vorbrachen. Unsere Truppen haben die verbündeten Gegner durch Artillerie- und Maschinengewehrfire, nordöstlich von Morval auch mit der blanken Waffe blutig zurückgewiesen. Die Stellungen sind restlos behauptet.

Heeresgruppe Kronprinz.
Auch östlich der Maas spielten sich erneut schwere für uns erfolgreiche Kämpfe ab. Nach heftigem Artilleriefire stürzten aus dem Thiaumont-Walde, beiderseits von Douaumont und im Fumin-Walde starke französische Kräfte zu Angriffen vor, die sämtlich vor unseren Stellungen für den Gegner verlustreich zusammenbrachen.

Ostlicher Kriegsschauplatz.
Front des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern.
Nach zweitägigem Wirkungsfire gegen den Abschnitt westlich von Lucy griff der Russe gestern bei Zaturcy an. Der Angriff scheiterte vollkommen und unter schweren Verlusten für den Feind.

Front des Generals der Kavallerie Erzherzog Carl.
Beiderseits von Dorna Watra drangen österreichisch-ungarische Truppen in die russische Stellung ein und nahmen mehrere Höhen im Sturm. 8 Offiziere und über 500 Mann wurden gefangen eingebracht.

Au der siebenbürgischen Ostfront dauern die Kämpfe in den Grenzgebieten an. Südlich von Kronstadt (Brassó) wurde von unsern vereinigten Truppen eine rumänische Höhenstellung in überraschendem Vorstoß genommen und der Erfolg in hartem Nachstoß bis in das Tal Partzuga erweitert. Im übrigen hat sich die Lage nicht wesentlich geändert.

Balkan-Kriegsschauplatz.
Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls von Madensen.

In der nördlichen Dobruđa fanden unsere verfolgenden Abteilungen bisher wenig Widerstand. Alle Anzeichen deuten auf heftiges Weichen des Gegners. 500 Verwundete wurden gefangen genommen, einige Munitionskolonnen und Bagagen erbeutet.

Mazedonische Front.
Serbische Angriffe gegen die deutsch-bulgarischen Stellungen im Cerna-Bogen scheiterten, ebenso Teilvorstöße des Gegners an dem Othang der Moglena und südwestlich des Dairan-Sees. An der Struma Patrouillengeplänkel, bei Orjano lebhaftes Artilleriefire.

Der Erste Generalquartiermeister Ludendorff.

4—6 Uhr); der zweiten Abteilung liegt die Vermittlung von kaufmännischen und Bureau-Angelegenheiten ob (Geschäftszeit 12—1 Uhr), die dritte Gruppe hat sich mit der Vermittlung von Fabrik- und Heimarbeitern zu befassen (Geschäftszeit 9—12 Uhr); Fernsprecher für alle drei Abteilungen Nr. 115. Die Geschäftsräume befinden sich für alle Abteilungen im Erdgeschoß des Hauses Mengstraße 28 (Oeffentliche Kasse). Eine erträgliche und völlig ausreichende Ausstattung wird freilich auch die weibliche Abteilung des öffentlichen Arbeitsnachweises erst dann erhalten, wenn durch Beschluß der gesetzgebenden Körperschaften der Fortbestand des öffentlichen Arbeitsnachweises auch über die Dauer des Krieges hinaus sichergestellt ist.

Ist Saccharin gesundheitsgefährlich? Da der Zucker, der uns einst in unbeschränkter Menge zur Verfügung stand, immer knapper geworden ist, erhält das Saccharin für die Hauswirtschaft immer größere Bedeutung. Manche Hausfrau, die Saccharin früher kaum dem Namen nach kannte, muß jetzt sehr häufig zu diesem Ersatzmittel greifen. Auch in den Kaffeehäusern und Schankwirtschaften wird vom 1. November an der Zucker zum Süßen der Getränke verjähren und Saccharin wird an seine Stelle treten. Bei dieser allgemeinen Verwendung dieses „Zuckersüßes“ ist die Frage nach seiner Wirkung auf die Gesundheit von besonderem Interesse. Zu diesem Thema äußert sich ein Dr. H. in der Kolonialwarenzeitung folgendermaßen:

Wiesach wird jetzt die Frage aufgeworfen, ob Saccharin, abgesehen von seiner bekannten Wertlosigkeit als Nahrungsmittel, nicht auch durch den fortgesetzten Gebrauch gesundheitsschädlich wirken könne. In dieser Hinsicht können jedoch beruhigende Versicherungen abgegeben werden. Die kleinen Paketten, die wir zum Verfüßen des Kaffees und des Tees verwenden, enthalten 0,03 Gramm Saccharin. Bei Gesunden haben sich aber bisweilen selbst Einzelmengen von 5 Gramm als unschädlich herausgestellt. Bekannt ist außerdem, daß das Saccharin als Süßstoff für Nahrungs- und Genussmittel sowie für die Bierbereitung Jahre hindurch verwendet worden ist. Unangenehm ist nur der widerlich süße Geschmack, der sich beim Fortgebrauch des Mittels unangenehm bemerkbar macht, auch gibt es Menschen, die auf Saccharin unangenehm reagieren und z. B. danach Magenbeschwerden, Appetitlosigkeit und Uebelkeit, ja manchmal Diarrhöe bekommen. Bei Zuckerkranken übt das Saccharin meist keinen oder keinen unangenehmen Einfluß auf die Zuckerausscheidung oder das Allgemeindfinden aus. Die vorübergehende Herabsetzung der Zuckerausscheidung scheint nur vielleicht der Ausdruck der bei den größeren Saccharinmengen eintretenden Appetitlosigkeit und verminderten Nahrungsaufnahme zu sein. Das Saccharin ist bekanntlich ein Abkömmling der Benzoesäure und wird durch Erhitzen von Toluol mit konzentrierter Schwefelsäure hergestellt. Das Saccharin ist auch ein Antiseptikum wie alle Leerpäparate, doch hat es sich als solches in der Medizin nicht bewährt.

Die „beruhigenden Versicherungen“ sind ja sehr erfreulich, sie werden von unsern Hausfrauen mit besonderer Freude begrüßt werden. Nur scheint da nicht alles zu stimmen, denn „Magenbeschwerden, Appetitlosigkeit, Uebelkeit und manchmal Diarrhöe“ als Folge von Saccharingenuß sind doch recht unangenehm, auch wenn sie sich nur bei manchen Menschen einstellen. Es scheint also, daß jeder erst an seinem eigenen Magen ausprobieren muß, welche Wirkung Saccharin auf ihn ausübt.

Keine leichtfertigen Gerüchte verbreiten. Man schreibt uns: Die häufige Nahrung der Presse, sich nicht an der Verbreitung von Gerüchten zu beteiligen und sich dadurch vor der Gefahr empfindlicher gerichtlicher Strafen und Kosten zu bewahren, wird immer noch nicht genug beachtet. Es scheint, als ob auch in Lübeck erst einmal gegen Verbreiter solcher Gerüchte Strafen verhängt werden müssen, wie sie auswärts schon des öfteren ausgesprochen sind. In letzter Zeit ist über eine heftige Persönlichkeit in angelegener Stellung ein besonders leichtfertiges Gerücht aufkommen und weit verbreitet. Es sollen bei dieser Persönlichkeit 80 Pfund Butter gestohlen sein. Dabei interessiert die leichtfertigen Schwätzer natürlich nicht so sehr der angebliche Diebstahl, als die Tatsache, daß sich jemand, der seinen Mitmenschen mit gutem Beispiel vorangehen muß, Nahrungsmittel in unerlaubter Menge aufgestapelt hat. Es wird sich kaum vermeiden lassen, gegen die an dieser Gerücht Beteiligten scharf vorzugehen. — Rüge dieser Art

daher wenigstens eine Warnung für andere sein, sich halblöcher Gerüchten zu verschließen und nicht durch deren Verbreitung den guten Ruf eines Mitmenschen leichtfertig zu schädigen.

Eierhamster und Selbstversorger. Das Kriegsernährungsamt schreibt: Durch die Zeitungen geht eine Notiz, die auf die großen, in privaten Haushalten angesammelten Eiervorräte aufmerksam macht. Die Bestandaufnahme der Lebensmittel am 1. September soll ergeben haben, daß in privaten Haushalten Vorräte von 100 Millionen auf ein Jahr, ja auf Jahre hinaus vorgekommen sind. Es ist selbstverständlich, daß versucht werden wird, derartige Entziehungen der Eiervorräte aus dem Verkehr durch die neue Eierverbrauchsregelung irgendwie für die Allgemeinheit wieder auszugleichen. Zunächst wird bei der Oberverteilung der ausländischen Eier und der Eier, die aus den Ueberflutungsgebieten abgeliefert werden, von der Zahl der Versorgungsberechtigten ein durch Abschätzung bestimmter Bruchteil als durch eingelagerte Eier verjort in Abzug gebracht werden. Liegen die Zahlen der Bestandaufnahme erst vollständig vor, so wird näher geprüft werden, inwieweit die tatsächlichen Vorräte der Haushalte durch Anrechnung auf die Eierversorgung noch wirksamer zu erfassen sind.

90 Gramm Butter werden in der nächsten Woche auf jede Butterkarte verabsolgt werden.

Den Besitz eines größeren Postens Roggen verschwiegen hat der Landwirt Adam B. aus Gr.-Bain, der dieserhalb und außerdem wegen Bestechung eines Beamten sich gestern vor der hiesigen Strafkammer zu verantworten hatte. Am 8. Mai d. J. fand eine Vorratserhebung landwirtschaftlicher Produkte in Groß-Bain statt und bei dieser Gelegenheit hat B., der die Landstelle seiner Ehefrau bewirtschaftete, die unwahre Angabe gemacht, Am 6. Mai hat der Genbarin ihn deshalb zur Rede gestellt und das Vorhandensein des nicht angegebenen Roggens festgestellt. Darauf soll B. versucht haben, dem Beamten mehrere Geldscheine in die Hand zu drücken und ihm zugleich von der Gestattung einer Anleihe abzubringen. Das Gericht verurteilte den Angeklagten wegen des Bestechungsversuches zu 150 Mk. Geldstrafe, sprach ihn aber im übrigen frei, da nicht feststehe, daß B. überhaupt die Angaben über die vorhandenen Bestände zu machen hatte.

Tontöpfe! Die Töpfe, insbesondere die Tontöpfe, welche zum Einmachen der Früchte gebraucht werden, kosten jetzt das Vielfache wie im Frieden. Im allgemeinen sind die Töpfe viermal so teuer wie sonst. Es ist gar kein Grund, einzusehen, warum infolge des Krieges eine solche Erhöhung der Erzeugungskosten inaktgeschunden haben sollte. Der Ton liegt auf der Erde wie sonst, er wird geformt nach denselben Methoden wie sonst, und eine Erhöhung der Löhne viel stärker als das Vierfache (denn der Lohn ist nur ein Teil der Kosten) ist ganz ausgeschlossen. Die Feuerung zum Brennen der Waren ist Kohle oder Holz wie sonst, nicht wesentlich teurer als sonst. Woher kommt der vielfache Preis? Die ärmere Bevölkerung klagt, wenn sie mit Opfern einige Früchte erworben hat, vielleicht den billigen Kürbis — auch fünfmal so teuer wie sonst — oder wenn sie von Verwandten auf dem Lande etwas geschenkt erhielt, daß sie nun an den Gefäßen gescheitert und geköpft wird, und in vielen Fällen, daß sie nicht die Mittel aufbringen kann, um die Einmachgefäße zu erwerben. Schnelle Abhilfe ist nötig! Für Preisprüfer also eine dankbare Aufgabe.

Der deutsche Transportarbeiter-Verband veranstaltet am morgigen Sonntag im Gewerkschaftshaus einen theatralischen Abend. Das Programm desselben ist sehr reichhaltig. Ferner findet eine Verlosung von Haushaltsgegenständen statt, deren Ueberhaupt den im Felde befindlichen Kollegen zugute kommen soll. Das Nähere ist aus dem Inzeratenteil ersichtlich.

Von der Kriegsausstellung. Nachdem nunmehr sämtliche Ausstellungsgegenstände von Bremen hier eingetroffen sind, wird mit regem Fleiß an der Aufstellung der überaus mannigfaltigen Schaustücke gearbeitet. Vor dem Eingang sind bereits mehrere große feindliche Geschütze aufgestellt, sie verleihen der Kronsforder Allee ein ganz kriegerisches Aussehen. Im Innern sind viele Hände in Bewegung, um hier die großen Panzerplatten aus der Stageraschlacht, dort die Flugzeuge, da die Gruppen feindlicher Krieger, dort Uniformen und Waffen und Heeresbedarfstücke aufzustellen. In den Seitengängen werden viele Proklamationen, Feldzeitungen, Armeebefehle, Notgeld ausgestellt und in dem Vereinsjugendsaal wird die Ausstellung des Reichs-Populärkuns Unterfunkt finden. Den Garten beleben bereits zahlreiche Kriegswagen, Autos, Gulaschkononen, Panzerwagen usw. Zwar ist noch vieles zu ordnen, vieles an den reisten Platz zu bringen und in den wenigen vor der Eröffnung trennenden Tagen wird noch manches zu beschaffen sein, aber es ist schon heute mit Sicherheit zu beobachten, daß am Eröffnungstage eine fertige Ausstellung vor uns stehen wird. Mögen die vielen auf die Vorbereitungen verwandten Mühen von Erfolg gekrönt sein.

Stadttheater. Der Wochenplan gestaltet sich wie folgt: Sonntag nachmittag Volksspiel „Die Akrobaten“, Schauspiel von Paula Bunt; abends „Mona Lisa“, Oper von Schilling. Dienstag „Die Scharasfürstin“, Operette von Kalman. Mittwoch „Die Waidauer Zirkuselle“, Schauspiel von Zapolka. Donnerstag „Mona Lisa“, Freitag „Schröder-Gedächtnisfeier“, Vortrag, Szenen aus der „Zauberflöte“, „Die Weiberschule“ usw. Sonnabend „Die Scharasfürstin“, Sonntag abends „Martha“, Oper von Flotow.

Wl. Hanjatheater. „Die Nachtigall aus dem Bäcker-gang“, das altbekannte Hamburger Volksstück von Jul. Stinde, dem Dichter der „Buchholz“, geht jetzt täglich abends 8 Uhr im Hanjatheater über die Bretter. Es ist die Geschichte des Findelkinds, das von einer armen Wäscherin, der Jungfer Brauern, aufgezogen wird, mit einer vorzüglichen Stimme begabt ist, ihren Pflichten vollkommen fleißig und nach 18 Jahren endlich die Mutter in der reichen Witwe v. Hirschfeld wiederfindet. Die Aufführung war recht erfolgreich. Von den Darstellern müssen wieder an erster Stelle Margarete Delmann als Jungfer Brauern und Heinrich Bunke als Nachbar Bieder hervorgehoben werden. Das Publikum spendete viel Beifall. Sonntag nachmittag wird zu kleinen Preisen „Onkel Bräsig“ mit Heinrich Bunke in der Titelrolle aufgeführt. Billette sind an den bekannten Stellen von morgens 10 Uhr ab zu haben.

Seide. Total eingekäuert wurde der große landwirtschaftliche Besitz der Witwe Kühn in Epenwöhrdenersfeld.

Luftung.
Haltet Wacht 20.— Mk.
Der Jugendausschuß.

Literarisches.

Vom „Wahren Jakob“ ist Jochen die 22. Nummer des 33. Jahrgangs erschienen und bringt gute Porträts des verstorbenen Reichstagsabgeordneten Hofrichter-Röhl sowie des Genossen Stau-nings-Kopenhagen, des ersten sozialdemokratischen Ministers in Dänemark.

Von der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen, ist uns Jochen Nr. 2 des 27. Jahrgangs zugegangen. Von der „Neuen Zeit“ ist Jochen das 4. Heft vom 1. Band des 33. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Gustav Hervé. (Eine Seite aus der logischen Geschichte Frankreichs.) Von L. Martoff. — Handelspolitische Fragen. Von Karl Emil. (Fortsetzung.) — Rumänien im Weltkrieg. Von A. S. Jobagul. (Schluß.)

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit P. L. gekennzeichneten Artikel: Paul Löwig, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwark. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Hierzu zwei Beilagen.

Preiswerte Artikel

für den Sonnabend

In fast sämtlichen Abteilungen meines Hauses habe ich für den heutigen Sonnabend eine reiche Auswahl praktischer Bedarfsartikel ausgelegt, welche sich besonders durch Preiswürdigkeit auszeichnen. Eine Besichtigung der betreffenden Abteilungen wird Jeden hiervon überzeugen.

Leibwäsche

Damen-Taghemd
aus Renforce, mit hübscher Stickerei und Banddurchzug **2.80**

Damen-Taghemd
aus Renforce, mit Schalpassen und Languetten **3.10**

Damen-Taghemd
aus gut. Renforce, mit hübsch. Stickerei, Einsatz u. Banddurchzug reich garniert **3.75**

Damen-Beinkleid
Knieform, aus Renforce, mit Stickerei und Börtchen-Besatz **2.40**

Damen-Beinkleid
Knieform, aus gutem Renforce, mit breitem Stickerei-Volant **2.90**

Damen-Beinkleid
Knieform, aus gutem Renforce, mit guter Stickerei und Einsatz, hübsch garniert **3.20**

Damen-Nachtjacke
aus Körper-Barchend, mit Umlegekragen, Hohltauband und Säumchen **3.25**

Damen-Nachtjacke
aus Körper-Barchend, mit Umlegekragen, Schleifenlanguetten und Säumchen **3.75**

Damen-Nachthemde
aus gutem Renforce, halstfrei, mit Stick., Einsatz und Banddurchzug hübsch garn. **5.50**

Hauswäsche

Pa. Händehandtücher
äußerst haltbares Drallgewebe, gesäumt u. geb., 50/110 cm. . . 1/2 Dtz. **6.25** und **5.25**

Pa. Stubenhandtücher
weißes Gerstenkorngewebe, gesäumt und gebändert, 49/110 cm. . . 1/2 Dtz. **6.25** u. **5.25**

Pa. Stubenhandtücher
weißes Drallgewebe, 40/110 cm, gesäumt und gebändert 1/2 Dtz. **6.25** und **4.50**

Pa. Küchenhandtücher
weiß Gerstenkorngewebe mit rot. Borle, zum Teil ges. u. geb., . . . 1/2 Dtz. **4.50** u. **3.25**

Ia. reinlein. Geschirrtüch.
weiß mit rot kariert, gesäumt und gebändert 1/2 Dtz. **4.—** und **3.25**

Ia. Staubtücher
in hell und dunkel, vorzügliche sanftweiche Qualitäten 1/2 Dtz. **1.80** und **1.20**

Pa. Frottierhandtücher
weiß oder buntfarbig, äußerst haltbares Kräuselgewebe Stück **1.35** und **85⁴**

Pa. Badelaken
weiß oder buntfarbig, Kräuselstoff, vorzüglich im Gebrauch . Stück **6.50** und **4.75**

Pa. Künstlerdecken
waschechte Farben, reiche Musterauswahl Stück **10.50** und **7.50**

Trikotagen

Normalhemden für Herren
wollgemischt **4.50**

Normalhemden für Herren
wollhaltig **6.50**

Normalhosen für Herren
wollgemischt **3.95**

Normalhosen für Herren
prima Qualität, wollgemischt **4.50**

Normaljacken für Herren
wollgemischt, mit 1/4 Aermeln **2.65**

Normaljacken für Herren
prima Qualitäten, mit 1/4 Aermeln **3.75**

Normal-Damenjacken
mit 1/4 Aermeln, wollgemischt **3.90**

Normal-Damenhosen
offen, wollgemischt **3.75**

Normal-Untertailen
prima wollgemischt, mit 1/2 Aermeln **2.25**

Strümpfe

Damen-Strümpfe
Baumwolle, extra lang, lederfarbig und schwarz, nahtloser Fuß Paar **85⁴**

Damen-Strümpfe
Baumwolle, extra lang, schwarz, verstärkte Fersen und Spitzen Paar **98⁴**

Frauen-Strümpfe
Baumwolle, deutschlang, lederfarbig und schwarz, starke Qualität, nahtloser Fuß **95⁴**

Damen-Strümpfe
extra lang, schwarz, reine Wolle, verstärkte Fersen und Spitzen Paar **1.95**

Damen-Strümpfe
Woll-Ersatz, schwarz, extra lang, kräftige Qualität, angenehmes Tragen **2.10**

Frauen-Strümpfe
halbw., schwarz, deutschlang, verstärkte Fersen und Spitzen, gute solide Qualität **1.85**

Herren-Socken
Kaschmir, reine Wolle, schwarz und grau mit bunten Ringeln Paar **1.25**

Herren-Socken
grau plattiert, extra starke Qualität Paar **85⁴**

Füßlinge
Baumwolle, schwarz, ohne Naht Paar **48⁴**

Handschuhe

Dam.-Trik.-Handschuhe
schwerer Winterstoff Paar **75⁴**

Dam.-Trik.-Handschuhe
farbig u. schwarz, mit 2 Druckknöpfen **85⁴**

Dam.-Trik.-Handschuhe
Wollleder-Nachahm., farbig u. schwarz **95⁴**

Dam.-Strick-Handschuhe
farbig, reine Wolle Paar **1.30**

Dam.-Trik.-Handschuhe
Wollleder-Nachahmung, in mod. Farben **1.40**

Dam.-Glance-Handschuhe
schwarz, weiß und farbig Paar **2.95**

Dam.-Glance-Handschuhe
schwarz, weiß u. farbig, prima Ziegenleder **3.95**

Dam.-Glance-Handschuhe
Ziegenleder, Stepper farbig Paar **4.25**

Dm.-Mocha-Handschuhe
in modernen Farben Paar **5.50**

Rudolph Karstadt, Lübeck

Deutscher Reichstag.

(Eigener Bericht des „Lübecker Volksboten“.)

Berlin, 27. Oktober 1916.

68. Sitzung, Nachmittags 3 Uhr.

Am Bundesratspräsidenten Dr. Helfferich, Vizepräsidenten Dr. Baasch 2. Mitteilung von dem Ab- leben des Abg. Hofrichter (S.D.). Das Haus ehrt das Andenken des Verstorbenen durch Erheben von den Plätzen.

Kleine Anfragen.

Abg. Dr. Kieffer (N.) fragt nach dem Schicksal der im Jahre 1914 zugelassenen Reformen bei der Prüfung der Bewerber für den auswärtigen Dienst.

Unterstaatssekretär Zimmermann: Die neuen Bestimmungen sind ausgearbeitet, aber noch nicht in Kraft gesetzt worden, weil dem vorhandenen Bedürfnis durch die im feindlichen Ausland frei gewordenen Beamten genügt wird und weil die meisten Bewerber im Felde stehen. Auch sind während des Krieges neue Erfahrungen gemacht worden, die bei einer eingehenden Nachprüfung der bisherigen Vorarbeiten nutzbar gemacht werden sollen.

Abg. Dr. Kieffer (N.) fragt, in welcher Weise angefaßt der dauernd fortgeschrittenen Verteuerung der Lebensmittel und der übrigen Gegenstände des täglichen Bedarfs den Reichs- und Staatsbeamten geholfen werden soll.

Direktor im Reichsschatzamt Schröder: Die Kriegsbeihilfe, die den geringer besoldeten Beamten mit Wirkung vom 1. Oktober 1915 gewährt worden ist, ist am 1. Juli 1916 wesentlich erhöht worden. Doch ist die Angelegenheit damit nicht als abgeschlossen zu betrachten, es schweben Erwägungen, ob eine neue Regelung erfolgen soll. Für die Ruhegehaltsempfänger, die einer Unterstützung bedürfen, ist in dem neuen Etat ein Betrag von 1 1/2 Millionen ausgeworfen.

Abg. Reinath (N.) fragt an, in welcher Weise die Be- griffe Gegenstände des täglichen Bedarfs und Gegenstände des notwendigen Lebensbedarfs geklärt werden sollen, um eine einheitliche Anwendung der Bestimmungen sicherzustellen.

Direktor im Reichsgericht Müller: Ich verweise auf eine Auslegung des Reichsgerichts vom 12. Mai 1916. Man wird abwarten müssen, ob diese Auslegung die genügende Klarlegung schafft.

Abg. Wasser mann (N.) fragt, welche Gegenmaßnahmen gegenüber der Beschlagnahme von deutschem Eigentum in Por- tugal getroffen worden sind.

Ministerialdirektor im Auswärtigen Amt Dr. Krieger: Durch Bekanntmachung vom 14. Mai ist bestimmt, daß Zahlungen an Portugal verboten sind, daß portugiesisches Vermögen der Sperre unterliegt und unter Zwangsverwaltung gestellt werden kann. Ueber die Beschlagnahme des portugiesischen Vermögens in Deutschland hat sich die Regierung die Entschädigung vorbe- halten.

Abg. Schiffer (N.) bittet um Mitteilung, ob die spanische Regierung wegen Verletzung von Fruchtschiffen durch deutsche U-Boote vorstellig geworden ist und welche Antwort ihr erteilt wurde.

Unterstaatssekretär Zimmermann: Die Regierung hat sich Spanien gegenüber bereit erklärt, mit Rücksicht auf die ärmere Bevölkerung Spaniens den von Spanien ausgehenden Fruchte- ladungen nach England einen Begleiterschein ausstellen zu lassen, der von unseren Seestreitkräften respektiert werden würde. Die Regierung ging dabei von der Voraussetzung aus, daß die spanische Regierung unverzüglich bei der englischen Regierung das Durch- lassen spanischer Fruchtschiffe nach Deutschland bewirken und durchsetzen würde. Diese Verhandlungen sind noch nicht abge- schlossen.

Abg. Gothein (S.P.) fragt wegen der Verweigerung der Reichswachenhilfe an Ehefrauen von Seeluten, deren Ehemänner im feindlichen oder neutralen Ausland zurückgehalten sind, durch das Versicherungsamt Rostock und das Oberversicherungsamt Schwerin.

Ministerialdirektor Dr. Caspar: Der Staatssekretär hat seinerseits gegen eine wohlwollende Auslegung der Bestimmungen für die Ehefrauen von im Ausland zurückgehaltenen Seeluten keine Bedenken und hat dies den zuständigen Behörden mitgeteilt. Die Behörden haben sich auf denselben Standpunkt gestellt, mit Ausnahme des Versicherungsamtes Rostock und des Oberversiche- rungsamtes Schwerin. Auf eine Beschwerde der Seebewerbs- genossenschaft hierüber, hat sich der Staatssekretär mit der groß- herziglich medienburgischen Regierung in Verbindung gesetzt.

Auf der Tagesordnung stehen weiter: Anträge der Geschäfts- ordnungskommission auf Verjagung der Genehmigung zur Ein-

leitung eines Strafverfahrens gegen den Abg. Liebknecht (h. l. S.) und zur Fortsetzung eines Strafverfahrens gegen den Abg. Kühle (bei keiner Fr.)

Der Reichstag stimmt diesen Anträgen ohne Debatte zu.

Ueber den Antrag der Geschäftsordnungskommission zum An- trag Bernstein (Soz. Arb.), die Regierung zu ersuchen, das bei dem Militärgericht gegen den Abg. Dr. Liebknecht an- hängige Strafverfahren und die Untersuchungshaft für die Dauer der Sitzungsperiode aufzuheben, berichtet

Abg. v. Bayer (Sp.): Das erste Urteil des Militärgerichts hatte bekanntlich anerkannt, daß Liebknecht nicht aus ehrloser Ge- sinnung, sondern aus politischem Fanatismus gehandelt hatte. Das Urteil wurde aufgehoben und Liebknecht wurde vom Ober- kriegsgericht zu 4 Jahren 1 Monat Zuchthaus, Entfernung aus dem Heere und zur Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte für 6 Jahre verurteilt. Die Kommission war sich einig darüber, daß sie auch jetzt noch berechtigt sei, die Auslegung des Verfahrens zu beschließen, wenn sich in der Sachlage etwas Wesentliches geändert habe. Darüber aber, ob diese Voraussetzung zutrefte, gingen die Meinungen in der Kommission auseinander. Die Mehrheit der Kommission hat eine solche Verurteilung der Sachlage nicht aner- kennen können und beantragt daher Ablehnung des Antrages Bernstein.

Landsberg (Soz.): Meine politischen Freunde werden alle für den Antrag Bernstein stimmen. Die Gründe sind gleich- ben, die uns im Mai d. Js. veranlaßt haben, selbst einen gleich- lautenden Antrag zu stellen. Ich habe damals gesagt, wir wünschten im Interesse des Reichstags und des Deutschen Reiches, daß Sie unseren Antrag stattgeben möchten. Das würde zugleich dazu ge- führt haben, daß das Strafverfahren gegen Liebknecht aufgescho- ben würde bis zu einer ruhigeren Zeit. Wie der Verlauf des Strafverfahrens gezeigt hat, wäre dies auch durchaus vom Nutzen gewesen. Mit einer Sicherheit, die nicht auf besserer Seelenkunde, sondern wohl auf dem Bewußtsein von der Unangreifbarkeit der tatsächlichen Feststellungen beruht, hat das Gericht zweiter Instanz den Angeklagten und seine Handlungsweise für ehrlos erklärt und ihm die bürgerlichen Ehrenrechte aberkannt. Diese gerichtliche Feststellung ist unrichtig, darüber sind sich alle einig, die Lieb- knecht kennen (Sehr richtig! h. d. Soz.), und es befinden sich Männer darunter, die die ganze Laufbahn dieses Mannes, der ein außerordentlich komplizierter Charakter ist, überblicken, und die deshalb ein richtiges Urteil über ihn fällen können, als die Rich- ter, die ihn nur in einer mehrstündigen Verhandlung kennen ge- lernt haben. Wer über Menschen richten will, der muß menschlich fühlen, er darf sich nicht das Idealbild eines Menschen konstru- ieren und den Angeklagten, je nachdem er sich von diesem Ideal- bild mehr oder weniger entfernt, für mehr oder weniger strafwür- dig erklären. Der Richter muß bestrebt sein, in die Seele des An- geklagten hineinzuleuchten und darf ihn nicht nach seinen Ver- dankungen, sondern nach denen des Angeklagten beurteilen. Die Tat mit ihren Beweggründen ist es, die über die Frage der Ehrlosigkeit einer Handlung und des Mannes, der sie begangen hat, entscheidet. (Sehr richtig! h. d. Soz.) Das hat das Gericht zweiter Instanz vollkommen verkannt. Wäre Liebknecht bestrebt gewesen, die Kriegsmacht Deutschlands zugunsten der mit uns im Kampf befindlichen Ländern zu erschüttern, dann wäre der vor- stehende Antrag nicht gestellt. Seine Absicht hat Liebknecht selbst deutlich genug ausgeführt. Sein Ziel ist nicht, daß Deutschland zugrunde gerichtet wird, sondern daß ein Friede herbeigeführt wird, der keines der am Kriege beteiligten Länder schwächt, sondern zu einer allgemeinen Verständigung und Versöhnung der Völker füh- ren kann. Diesen Frieden will er dadurch erzielen, daß er die Massen in allen am Kriege beteiligten Ländern in Bewegung setzt, damit sie ihren Willen zur Beendigung des Krieges den Re- gierenden aufzwingen. So sehr ich mit dem Ziele übereinstimme, einen Frieden herbeizuführen, der kein Volk verwegemäßig, für so verfehlt halte ich das angewandte Mittel. Liebknecht hat seine Kräfte und die korrespondierenden Kräfte im Ausland über- schätzt. Aber daß dieser Irrtum ihn als einen ehrlosen Mann er- scheinen läßt, muß ich entschieden bestreiten. (Sehr wahr! h. d. Soz.) Und wenn er sich von dem Gedanken hätte leiten lassen, daß er vom Gesicht berufen sei, die Völker vom Elend des Krieges zu be- freien, so würde ich auch nicht zugeben können, daß diese Vor- stellung eine ehrlose Gesinnung erkennen ließe. (Sehr gut! h. d. Soz.) Es wird sehr bald eine Zeit kommen, in der man dies Ur- teil neben den Urteilen aus der Reaktionsperiode der fünfziger Jahre nennen wird. (Sehr richtig! h. d. Soz.) Noch besteht die Möglichkeit, es aus der Welt zu schaffen. Ich hoffe, daß die Revi- sion Erfolg haben wird. Sollte das der Fall sein, so wünschen meine politischen Freunde, daß die erneute Prüfung der Schuld- und Straffrage in einer Zeit stattfindet, in der die Herzen weniger bis zur Gefahr des Zerreißen gespannt sind als heutzutage. Der Gedankengang der Aktion Liebknecht ist jetzt derselbe gewesen, wie

in seiner antimilitaristischen Broschüre, derentwegen er sich 1907 vor dem Reichsgericht zu verantworten hatte. Damals hat das Reichsgericht den Antrag des Oberreichsanwalts auf Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte mit der Begründung abgelehnt, daß Liebknechts Beweggründe politische gewesen seien. Es hat also den Gedanken vertreten, daß von einer Ehrlosigkeit nicht die Rede sein könne, wenn ein Handeln von politischen Motiven geleitet sei. Wenn ein Gericht sich jetzt auf den entgegengesetzten Standpunkt gestellt hat, so wird das nur durch die Zeitumstände erklärt. Meine politischen Freunde zweifeln nicht, daß in einer leidenschaftlicheren Zeit dies Urteil nicht zum zweiten Mal gefällt werden wird. Wir stimmen deshalb dem Antrag Bernstein auf Sinausschiebung des Verfahrens zu. (Lebh. Beifall h. d. Soz.)

Stadt hagen (Soz. Arb.): Es ist die Pflicht des Reichs- tags dafür zu sorgen, daß das Recht seiner Mitglieder auf Teil- nahme an den Verhandlungen des Reichstags nicht aus politischen Gründen geschmälert wird. (Sehr richtig! h. d. Soz. Arb.) Die „Kreuzzeitung“ hat 1893 mit vollem Recht erklärt — man sieht auch die Konservativen wissen Parlamentsrechte zu schätzen, wenn es sich um sie handelt — wenn man auch nur in einem einzigen Fall das Immunitätsprinzip durchbricht, so schließt man damit die Tür des Parlaments tatsächlich zu. Wenn Sie sich von einer gewissen Voreingenommenheit gegen die Person Liebknechts leiten lassen, so müssen Sie anerkennen, daß es unwürdig des Reichstags ist, bei Beschlußfassung über derraatige Fragen irgend etwas auf die poli- tische Richtung des Betroffenen zu geben. Die Gleichberechtigung seiner einzelnen Mitglieder ist die notwendige Voraussetzung des Parlaments. (Sehr wahr! h. d. Soz. Arb.) Es könnte nur eine einzige Ausnahme geben, von der Prinzip, das man unter keinen Umständen einen Abgeordneten durch ein Strafverfahren aus dem Hause fernhalten darf; wenn ein Abgeordneter etwa wegen eines gemeinen oder schweren Verbrechens angeklagt wäre und die Ver- dunkelung des Tatbestandes zu befürchten wäre. Davon kann hier keine Rede sein, denn Liebknecht hat stets mutig und ehrlich für seine Ueberzeugung gekämpft. (Sehr wahr! h. d. Soz. Arb.) Am Schluß der zweiten Verhandlung, als ihm die bürgerlichen Ehren- rechte aberkannt wurden, hat er ausgerufen: Nieder mit der Re- gierung, nieder mit dem Krieg! Und hat damit erneut die Quintessenz der Absicht seines Vorgehens bekundet. Für einen Sozialdemokraten ist es überhaupt platter Konsens, anzunehmen, daß Liebknecht Landesverrat begangen hat. Der Sozialdemokrat steht jeder fremden kapitalistischen Regierung genau so revolutio- när gegenüber wie der eigenen. Er kämpft im Namen des inter- nationalen Proletariats gegen den internationalen Kapitalismus, und setzt diesen dort, wo er ihn findet, also im eigenen Lande, indem er die Regierung als Repräsentantin des Kapitalismus be- kämpft. So hat Liebknecht selbst seinen Standpunkt gekennzeichnet. Es ist eine Tragikomödie, daß man Liebknecht, der wegen seines Kampfes gegen den Zarisismus mehrmals von den deutschen Behörden verfolgt worden ist, jetzt nachweist, daß er dem Zarisismus Vorschub geleistet habe. (Sehr gut! h. d. Soz. Arb.) Wie man annehmen kann, durch Liebknecht sollte die Kriegsmacht vorzüglich geschädigt werden, ist platterdings undenkbar. Das ist die Ueber- zeugung der ungeheuren Mehrheit des deutschen Volkes. (Sehr wahr! h. d. Soz.) Als die Kunde sich verbreitete, die Anklage gegen Kriegsverrat sei erhoben, legten zahlreiche Arbeiter in Ber- lin die Arbeit nieder, um dagegen zu protestieren. Das zeigt das Reichsempfinden des Volkes. Das Eintreten für den Frieden ist das einzige, was Liebknecht getan hat. Wenn man denjenigen, der das tut, wegen Kriegs- und Landesverrat bestraft, so ist man jenseits der Grenze jedes Rechts. Gegen den infamierten Liebknecht wurde ein Hege injiziert, die der Wahrheit ins Gesicht schlug. Im Prozesse erster Instanz war vom Gericht klipp und klar ausge- sprochen, daß der Angeklagte lediglich seiner politischen Ueber- zeugung gefolgt ist und daß ehrlose Gesinnung deshalb nicht vor- liegt. In der Mitteilung an die Presse wurde dieser Passus aus- radert und dafür vom Fanatismus gesprochen. Zugleich wurde der Presse unter Benutzung des Belagerungszustandes verwehrt, das richtig zu stellen. (Lebh. Hört, hört! links.) Nach der Ver- handlung zweiter Instanz kam eine vertrauliche Anweisung an die Redaktionen, daß sie lediglich den offiziellen Bericht mitteilen dür- fen. Dieser offizielle Bericht enthält den Inhalt, Liebknecht habe, auch selbst eingestanden, daß er durch die Flugblattverbreitung und durch die Veranlassung der öffentlichen Demonstration eine Schwächung der deutschen Kriegsmacht bezweckte. Es ist unwah- r, daß Liebknecht irgend ein solches Eingeständnis gemacht hat. Eine Berichtigung dieser Unwahrheit wurde abgelehnt. Es ist klar, daß man die öffentliche Meinung gegen Liebknecht aufbringen wollte. Diese Momente sollten Sie doch veranlassen, in dieser Zeit den Prozeß nicht weiterzuführen zu lassen. Die Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte ist nicht erfolgt, weil Liebknecht eine ehrlose Gesinnung hat, sondern weil man ihn aus dem Reichstag herausbringen wollte. (Sehr wahr! h. d. Soz. Arb.) Aber in

Schuld und Sühne.

Roman aus dem Russischen von F. M. Dostojewskij.

8. Fortsetzung.

Die Ursache von alledem war Martha Petrowna, welche sich bestrahlte, Dunja zu verunglimpfen und in allen Familien zu ent- ehren. Sie war in der Stadt sehr bekannt und kam in diesem Monat ziemlich oft hereingefahren. Sie war sehr schwahhaft und liebte es, von ihren Familienangelegenheiten zu erzählen, be- sonders aber, ihren Mann zu verkümmern, was doch sehr unpassend ist; so erzählte sie den ganzen Vorfall in kurzer Zeit nicht allein in der Stadt, sondern auch in der Umgegend. Ich erkrankte, Dunja war fester als ich; hätteste du gesehen, wie sie alles trug, wie sie mich tröstete und ermutigte! Sie ist ein Engel! Aber dank der Barmherzigkeit Gottes, unser Elend fand sein Ende. Herr Swidrigailow kam zur Erkenntnis und fühlte Reue, aus Bedauern mit Dunja gab er seiner Frau die vollsten und offenbarsten Beweise von Dunjas Unschuld, besonders einen Brief, welchen Dunja, noch vor der Zeit jener Ueberraschung im Garten geschrie- ben und ihm zugestellt hatte, um die persönlichen Erklärungen und die geheimen Zusammenkünfte von der Hand zu weisen, auf denen er bestand. Dieser Brief war nach der Abreise Dunjas in den Händen Swidrigailows geblieben. In dringender Weise, mit heftigem Unwillen tabelt sie ihn darin ob der Ehrlosigkeit seines Benehmens gegenüber Martha Petrowna, stellt ihn vor, daß er Familienvater sei, und welche Sünde er begehe, ein an sich schon unglückliches und schutzloses Mädchen noch unglücklicher machen zu wollen. Mit einem Wort, liebster Rodja, jener Brief war so schön und rührend geschrieben, daß ich ihn mit Tränen ge- lesen habe und ihn heute noch nicht ohne Tränen lesen kann.

Außerdem aber traten zur Rechtfertigung Dunjas noch die Diener als Zeugen auf, die bei weitem mehr gesehen hatten und wußten, als Swidrigailow vermutete; wie es ja meist zu geschähen pflegt.

Martha Petrowna war völlig bekümpft, „wie verdußt“, so sagte sie dann selbst zu uns, und sie überzeigte sich vollständig von Dunjas Unschuld. Am nächsten Tage, einem Sonntag, kam sie in die Kirche, und auf den Knien, mit Tränen in den Augen, hat sie da zur Jungfrau gefleht, ihr die Kraft zu verleihen zum Tra- gen dieser neuen Prüfung und zur Erfüllung ihrer Pflicht. Hier- auf ist sie geradenwegs aus der Kirche, ohne jemand weiter zu be- suchen, bei uns vorgefahren, hat uns alles erzählt und bitterlich geweint; in vollster Reue hat sie Dunja umfaßt und sie beschworen, ihr zu vergeben. Noch am selben Morgen hat sie sich dann, ohne zu zögern, geradenwegs von uns aus zu den anderen Fa- milien in der Stadt begeben, und überall in den schmeichelhaftesten Ausdrücken und unter Tränen Dunjas Unschuld wieder hergestellt, die Reinheit ihres Namens und Mabels.

Wenig fehlte, so hätte sie aller Welt den eigenhändigen Brief Dunjas gezeigt und vorgelesen, und ihn zum Abschreiben hin- gegeben. So verbrachte sie mehrere Tage damit, die Kunde über- all in der Stadt zu machen; viele wollten sich schon beleidigt füh- len, daß andern hierbei der Vortzug eingeräumt worden war, und so wurden sie der Reihe nach durchgenommen, aber in jedem Hause erwartete man sie bereits, und alle wußten schon vorher, daß Martha Petrowna an dem und dem Tage jenen Brief vorlesen würde; bei jeder Lektüre desselben aber versammelten sich auch solche mit, die ihn schon mehrmals gehört hatten, sowohl im eigen- nen Hause, wie bei Bekannten. Nach meiner Meinung war dies viel zu viel, es war überflüssig, aber die Martha Petrowna ist nun einmal solcher Charakters. Jedenfalls hat sie indes die Ehre Dunjas wiederhergestellt und die ganze Niedrigkeit des Vor- kommisses zur unheilbaren Schande ihres Mannes dargestellt, welcher der Hauptschuldige gewesen sei, so daß ich fast Mitleid für diesen zu empfinden begann; man verfuhr wohl zu streng mit dem Ehrvergessenem.

Sofort wurde nun Dunja eingeladen, in mehreren Familien Unterricht zu geben, doch sie schlug dies aus. Man begann, ihr jetzt allgemeine Hochachtung zu zollen. Dies war die Folge des unerwarteten Zwischenfalls, durch welchen sich nun auch unser ganzes Geschick ändern sollte.

Denke dir, lieber Rodja, die Dunja hat einen Freier bekom- men, und daß sie diesen angenommen hat, davon beileide ich mich, dir Meldung zu machen. Obgleich sich dies ohne deine Meinungs- äusserung vollzogen hat, so wirst du wohl weder gegen mich, noch gegen die Schwester Groll hegen, sondern selbst einsehen, daß es uns unmöglich war, dir erst den Sachverhalt zu schreiben und deine Ansicht einzuholen; du hättest ja ohnehin die wirkliche Lage der Dinge nicht genau beurteilen können. Es ging dies folgender- maßen zu: Er ist nämlich Hofrat und ein entfernter Verwandter der Martha Petrowna, Peter Petrowitsch Lufchin, und erstere hat sich sehr für den Plan interessiert. Er äußerte anfänglich den Wunsch, mit uns bekannt zu werden, wurde empfangen, wie es Sitte ist, nahm Kaffee bei uns und schickte am anderen Tage einen Brief, in welchem er sehr höflich seine Absicht mitteilte und um baldige und bestimmte Antwort bat. Er ist ein sehr tätiger und in Anspruch genommener Mann, und beschäftigt jetzt nach Peters- burg zu gehen, und so ist denn jede Minute wertvoll. Wir waren selbstverständlich zunächst höchst erstaunt, da alles schnell und unerwartet kam, und wir haben den ganzen Tag zusammen überlegt und beratschlagt. Er ist ein Mann mit bedeutender Zukunft und in geschäftlichen Verhältnissen, hat zwei Ämter und obenein Ver- mögen. Freilich zählt er schon fünfzig Jahre, aber er ist im Augenblick noch sehr angenehm und vermag noch den Frauen zu ge- fallen, übrigens ist er auch ein gesetzter, anständiger Mann, nur ein klein wenig grillig und fast etwas hochmütig. Doch scheint das wohl nur so auf den ersten Blick.

Ich heuge also vor, lieber Rodja, wenn du ihn in Petersburg kennen lernen wirst, machst er in kurzer Zeit reisen will, damit du nicht zu schnell und abspendend über ihn urteilst, wie dir dies ja eigen ist, wenn dir auf den ersten Blick etwas an ihm nicht ge- fallen sollte. Ich sage dies indes nur nebenbei, da ich über- zeugt bin, daß er auf dich einen angenehmen Eindruck machen wird.

Um einen Menschen, wer es auch sei, zu beurteilen, muß man sich ihm schrittweise und vorsichtig nähern, um nicht Irrtümern und Voreingenommenheiten zu verfallen, die sich dann nur schwer wieder beseitigen lassen. Peter Petrowitsch ist nach vielen Ein- zelheiten hin ein sehr ehrenwerter Mann. Bei seinem ersten Be- such jagte er uns, daß er ein vernünftiger Mann sei, aber in vie- lem, wie er sich ausdrückte, die Ueberzeugung der jetzigen Ge- sellschaft“ teile als ein Feind aller Vorurteile. Er sprach noch viel mehr, und erschien darnach ein wenig auf seine Rede einge- bildet, er scheint es gern zu haben, wenn man ihm zuhört, aber dies ist ja kein Fehler. Ich freilich begriff ihn nicht so recht, aber Dunja erklärte mir, daß er ein Mann von ungewöhnlicher Bildung und sehr verständig sei, wie es scheint, auch gut; du kennst den Charakter deiner Schwester, Rodja. Sie ist ein entschlossenes, ver- ständiges, unbefangenes und hochherziges Mädchen, obgleich sie auch ein warmes Herz besitzt, wie ich nur zu gut weiß. Gewiß ist ja weder von ihrer noch von seiner Seite eine wirkliche Liebe vor- handen, aber Dunja ist ein verständiges Mädchen, ein ehrenhaftes Wesen, ein Engel und dürfte sich das Glück ihres Mannes zur Auf- gabe machen, der jenseits für ihre Zurückgebliebenen sorgen wird, woran wir nicht besondere Ursache haben zu zweifeln, obgleich alles, doch sehr schnell gegangen ist. Er ist auch ein sehr urteilsfähiger Mann und wird erkennen, daß sein eigenes eheliches Glück um so wahrer sein wird, je glücklicher Dunja mit ihm ist. Was indes ein- einige Verschiedenheiten im Charakter, einige alte Gesinnungen anderrückt — die ja in den wirklich glücklichen Ehen nicht vorkom- men dürfen — so sagt mir Dunja hierüber, daß sie darin auf sich vertraut; dies sei kein Grund der Verunruhigung, sie vermöge viel zu dulden, wenn nur ihre Lebensverhältnisse ehrenhaft und ge- ordnet sein würden.

Er ist mir anfangs als etwas hart erschienen, aber dies kann wohl davon kommen, daß er ein sehr graffischer Mann ist. So sagte er schon bei seinem ersten Besuch bei uns, daß er bereits dar- über, ohne Dunja noch zu erkennen, sich vorgenommen habe, ein ehrenhaftes Mädchen zu ehelichen, welches aber keine Mühsal be- sitzen solle, eine solche nur, welche schon den Druck der Armut ken- nen gelernt habe. Deshalb, sagte er, damit der Mann seinem Weibe nicht zu sehr verpflichtet sei, bei weitem besser wäre es, wenn das Weib ihren Mann als ihren Beschützer betrachte.

(Fortsetzung folgt.)

politischen Prozesse können die Richter ja gar nicht richtig urteilen. Ich erinnere an die Prozesse in den 20er, 30er, 40er Jahren des vorigen Jahrhunderts, gegen diejenigen, die für eine Einheit Deutschlands eintraten. Der Dichter des Liedes „Deutschland, Deutschland über alles!“ verlangt in seinem Liede „Einigkeit und Recht und Freiheit“. Deshalb wurde er von seinem Amte abgesetzt, wurde ausgewiesen und von Land zu Land gehetzt. Das war nur möglich, weil die Richter und Behörden diese Befreiungen absolut nicht verstehen konnten. Von der nationalen Idee kommen wir unabweislich zu der der internationalen Verständigung. Diese Ansicht vertritt Liebknecht, diese Idee verstehen aber die Richter nicht, und deshalb fällt sie ein so falsches Tendenzurteil. Liebknecht bekämpft den Imperialismus in allen Ländern. Wie kann man da den Anfinn annehmen, er wolle die deutsche Kriegsmacht schwächen. Nein, diese Richter verstehen den Angeklagten nicht und haben ihn insbesondere in der jetzigen Zeit nicht verstehen können. Liebknecht ist verfolgt worden, weil er Abgeordneter ist und deshalb ist es doppelt Pflicht, daß wir dafür sorgen, daß jetzt das Verfahren eingestellt wird und erst dann weiter verhandelt wird, wenn wir von der Militärbehörde befreit sind. Es handelt sich nicht um das Recht Liebknechts, sondern um das des Parlaments. 1853 erklärten Konservative, wenn man das Immunitätsprinzip einmal durchbricht, so verliert man die Tür des Parlaments. Damit hatten sie recht. Die schwerste Schädigung des Deutschen Reiches liegt in der Unterdrückung des Parlaments und der Meinungsfreiheit. Geben Sie daher unserem Antrage statt. (Sehr. Beifall h. d. Soz. Arb.)

Kühle (bei seiner Frakt.): Liebknecht steht dem Antrage so fern wie möglich. Er wird die Ablehnung des Antrages als größte persönliche Genugtuung betrachten und als glänzende Rechtfertigung der Politik, die er hier vertreten hat und die von Hunderttausenden vertreten wird und die in Zukunft mit Entschiedenheit und Rücksichtslosigkeit fortgesetzt werden wird trotz aller Verfolgungen und Unterdrückungen. Die Befreiung Liebknechts ist nicht das Werk dieses Parlaments sein, ebensowenig wie die Herbeiführung des Friedens oder die Befreiung des Proletariats. Die Befreiung Liebknechts wird das Werk des arbeitenden Volkes sein und zwar als eine Frucht des Klassenkampfes, der immer noch den Angelpunkt aller sozialdemokratischen Politik bildet. Die arbeitenden Massen werden sich auf ihre historische Pflicht besinnen und sie werden von ihrer Pflicht Gebrauch machen, um ihren Zielen zum Siege zu verhelfen. Wenn der vorliegende Antrag nicht bejaht wird, um durch das Fenster hindurch den Massen zuzurufen, was sie für ihre Befreiung zu tun haben, so bleibt er ein Spiel mit Worten. Diejenigen, die für diesen Antrag stimmen und gleichzeitig den Raubzug des Imperialismus unterstützen...

Stenographische Notiz: Der Abgeordnete Kühle wegen dieses Ausdrucks zur Ordnung. (Abg. Vogtherr: [Soz. Arb.]: Der Ausdruck war berechtigt.) — Abg. Vogtherr wird ebenfalls zur Ordnung gerufen.

Kühle (fortfahrend): Diejenigen, die für diesen Antrag stimmen und gleichzeitig die Politik der herrschenden Klassen unterstützen, haben das Recht verweigert, Vertreter der proletarischen Massen zu sein. Ich weiß, daß ich im Sinne Liebknechts spreche und in seinem Sinne handle, wenn ich nicht an dieses Parlament appelliere, sondern an die Millionen, die draußen leben und wenn ich diese Millionen anrufe, ihre Pflicht zu tun. (Zuruf rechts: Das war sehr lobenswert.)

Die Debatte schließt. Der Antrag der Geschäftsordnungs-Kommission wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Polen angenommen.

Es folgt die Beratung des Nachtragsetats. (Des neuen Kriegskredits von 12 Milliarden.)

Reichsfinanzminister Graf Koch: Bis hier sind Anleihekredite im Betrage von 32 Milliarden Mark bewilligt, auf die 12 Milliarden heute bereits eingezahlt sind. Unsere Anleihepolitik ist also von einem beispiellosen Erfolg begleitet gewesen. Die ersten Anleihen zeigten alle denselben Typus, sprachen sich in demselben Interesse. In Vorjahren, die unsere Anleihen anders unterzeichneten, hat es nicht gefehlt. Der Reichsanleiher hat immer oder diesen Vorjahren gegenüber darauf hingewiesen, daß es besonderer Anreizmittel auch bei dieser Anleihe nicht bedürftig wäre. Diese Erwartung hat nicht getäuscht. Von 12 Milliarden 500 Millionen sind eingezahlt worden, von anderen 4 Millionen Zinsen, also von ungefähr ebensoviel, wie bei der größten bisher eingezahlten, der dritten Anleihe. Die Zahl der Zinsnehmer und die Höhe der Gesamtsumme ergeben, daß es sich auch hier um eine wahre Volkseinkaufshandlung handelt. Bei der Vertheilung und Auszahlung sind auch diesmal die Steuern durch die Gewinne und Lehrer in hohem Maße unterstützt worden. Neben allen Banken haben wir auch die Sparkassen, die Kreditgenossenschaften, die Landbanken, aber auch die Kreise selbst zu unterstützen. Am 28. September waren bereits etwa 7 1/2 Milliarden Mark auf die Anleihe eingezahlt. Heute ist der Betrag von 8 1/2 Milliarden bereits überwiesen. (Stapel!) Diese Tatsache übertrifft an besten das alte Märchen von der Finanzierung unserer Kriege durch die Darlehenbanken. Die Anleiheerlöse der Darlehenbanken der 3. Anleihe betragen genau 235 129 000 RM., also noch nicht 3 Proc. des bis jetzt eingezahlten Betrages. Die gesamten zurzeit noch vorhandenen Kriegsanleiherlöse der familiären Anleihen betragen etwas über 1 Milliarde, also wiederum noch nicht 3 Proc. des gesamten bisher eingezahlten Betrages von 15 Milliarden Mark. Ich begreife, daß das Ausland sich immer wieder fragt, wie diese Auszahlungen unserer Kriegsanleihe aus den eigenen Mitteln des Volkes zu erklären sind. Das Geheimnis liegt eben in unserer Fähigkeit nach außen, der als Gegenleistung für die vergrößerte Einzahlungsleistung beträchtliche Zahlungen in das Ausland zur Folge hat, in der angelegentlichsten Arbeit, die hinter der Front im Lande und in der Industrie geleistet wird und schließlich in der Exportation, an der wir uns als in manchen Gebieten haben gemacht haben müssen. Zeigt doch die Sparkassenstatistik für die ersten 6 Monate d. J. wieder deutlich ohne die Abschreibungen auf die Kriegsanleihen eine Zunahme von 1 Milliarde 719 Millionen, annähernd denselben Betrag, wie im vorigen Jahre in demselben Zeitraum des in seiner ersten Hälfte noch als Friedensjahr zu bezeichnenden Jahres 1914. Der Direktor der hiesigen Sparkassenkassen hat in diesem Jahr die Zunahme der Sparkasseneinlagen auf 3 1/2 Milliarden Mark. Ich kann aus dieser Vermehrung und dem nicht geringeren Zuwachse bei den Sparkassen den Schluß auf die Verdienste und auf die Einlagen bei den Genossenschaftsbanken, so wird auch dem Ausland die Verbesserung der Wirtschaftlichen Verhältnisse verständlich werden. Während unter Geld im gesellschaftlichen im Lande fließt, werden die ausländischen Staaten mit jedem Tage dem Ausland im höheren Maße zurückzuführen. Der größte Schuldner der Welt hat sich gezeigt, daß er für jeden Betrag 40 Mill. RM. an Zahlungen in das Ausland zahlen muß, und so diese Zahlungen im Kriegsmaterial immer der Einzahlungsleistung in England und Frankreich. Die Kriegsanleihe an die Bundesstaaten betragen für England bis jetzt 16 Milliarden Mark. Wenn Englands Einzahlungsleistung auch energisch und rücksichtslos allen Traditionen in der Kriegsanleihe entgegen steht, so hat doch der Abstand der Zahl von England auf 6 Proc. betragen werden müssen und der Kurs der Anleihe ist auf 43 1/2 Proc. gesunken. Gegenüber hat unsere Reichsanleihe Dezember 1915 keine appreciable Distanz mehr zeigen können. Unsere Anleihe ist doch aber geringer als die der Feinde. Nach meiner Schätzung haben die europäischen Staaten bisher 30 Milliarden Mark Kriegsanleihe gehabt ohne Unterbrechung der gesamten Werte und der gesamten Anleiheerlöse. Demgegenüber hat die deutsche Reichsanleihe nur ein Drittel. (Hört, hört!) Nicht nur das, sondern die Veranschlagung für den weiteren Zeitraum ist nicht nur ein Geld, sondern aus dem besten Kapital, dem Leben der kriegführenden Staaten. Unsere Kriegsanleihe betragen in den letzten vier Monaten im Durchschnitt 2 187 000 RM. In diesem Monat betragen 26 Millionen in die von den Bundesstaaten und Kommunalbehörden verwalteten Anleiheerlösen. Ein Teil der veranschlagten 12 Milliarden wird, wie ich hoffe, in diesem Jahre bereits ausbezahlt werden können. Die weiteren Zahlungen werden sich in demselben Maße erhöhen. Die Anleiheerlöse werden sich in demselben Maße erhöhen. Die Anleiheerlöse werden sich in demselben Maße erhöhen.

Dr. Spahn (Z.): Namens meiner politischen Freunde, und ich glaube wohl sagen zu können im Namen des Hauses, kann ich ausprechen, daß wir den Nachtragsetat bewilligen werden. Wir sehen in dem angeforderten Kredit von 12 Milliarden ein Hilfsmittel zur Erreichung eines dauernden, den gebräuchtesten Opfern gerechtwerdenden Friedens. Ich schreibe mich dem Dank des Reichsfinanzministers an alle diejenigen an, die zur Ausführung dieser Milliarden beigetragen haben, insbesondere auch an die Presse, die unter eigenen persönlichen Opfern in diesem Sinne gewirkt hat. Ich bitte der Vorlage ohne Kommissionsberatung zuzustimmen.

Ebert (SD.): Namens meiner Fraktion habe ich folgende Erklärung abzugeben: Erneut tritt die Forderung eines Kriegskredits an uns heran. Zu unserem tiefen Bedauern müssen wir feststellen, daß auch zurzeit noch Auskünften auf einen baldigen Frieden nicht vorhanden sind. Die Erklärungen der leitenden Staatsmänner in den gegen uns kriegführenden Ländern lassen von Friedensbereitschaft nichts spüren. Noch immer beharren sie bei ihrer Unterwerfungs- und Vernichtungsdrohungen uns gegenüber, noch immer geben sie sich der Hoffnung hin, die militärische Lage zu ihrer Gunsten zu wenden und Deutschland den Frieden diktieren zu können, einen Frieden, der mit der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung unseres Landes gänzlich unträglich wäre. Ja, selbst aus den führenden sozialistischen Kreisen des gegenwärtigen Auslandes werden leider noch immer Kriegsziele verkündet, die in den Bestand des Deutschen Reiches eingreifen. (Hört, hört!) Die unersetzlich befundete Bereitschaft zu einem Frieden der Verständigung, der keines der beteiligten Völker verzeamtigt, ist neuerdings wieder aufs schroffste zurückgewiesen worden. (Hört, hört!) Angesichts dieser Sachlage sehen wir auch heute noch vor der Notwendigkeit, die Mittel zu bewilligen, die erforderlich sind, um unser Land gegen den Ansturm der feindlichen Uebermacht auf allen Fronten zu schützen. Unser Volk leidet Gewaltsam draußen und in der Heimat. Seine Widerstandskraft zu stärken, ist die vornehmste Pflicht. Wir fordern daher, daß die Regierung alles aufbietet, um die Schwierigkeiten in der Organisation der Verteilung der Nahrungsmittel zu überwinden und die alsbaldige Herabsetzung der Preise für Lebensmittel und alle notwendigen Gebrauchsgegenstände herbeizuführen. Auch ist ein wirksamer Schutz der Arbeiter und Arbeiterinnen, insbesondere der in den Kriegsinstrumenten Beschäftigten, geboten. Ebenso ist es dringender notwendig, weitere Mittel bereit zu stellen, um die Wunden, die der Krieg schlägt, zu mildern, die Kriegsverletzten vor wirtschaftlicher Not zu bewahren und die Familien der Kriegsteilnehmer zu erhöhen. Indem wir wiederum den Entschluß bekunden, in der Verteidigung der Lebensinteressen unseres Landes auszuhalten, lehnen wir erneut darüber hinausgehende Kriegsziele ab. Von der Regierung aber erwarten wir, daß sie nichts veräumt, um zu einem baldigen Frieden zu gelangen, der die Lebensinteressen auch der anderen Völker achtet und internationale Reichseinrichtungen anbahnt, durch die die Kulturvölker vor dem Ansturm neuer Kriege bewahrt werden. Nur ein solcher Frieden trägt die Gewähr der Dauer in sich und dient auch den höchsten Interessen des deutschen Volkes. (Beifall h. d. Soz.)

Bernstein (SD.): Nach den Ausführungen des Reichsfinanzministers ist dies nicht die letzte Kriegsanleihe, die an den Reichstag gelangt. Da müssen wir fragen, wie lange soll das noch gehen, wie lange soll dieser Krieg noch dauern? Wir erleben eine zunehmende Verhäufung unsere Finanzen. Woher kommen die Mittel, die auf gebracht werden? Der Finanzminister meinte, es hätte keines besonderen Drucks bedürftig, um die Leistungen aufzubringen. Ich will darauf nicht näher eingehen, sondern nur kurz sagen, daß uns doch eine ganze Reihe von Fällen bekannt sind, wo allerdings ein harter Druck ausübt worden ist, um das Ergebnis der Anleihezeichnung zu erzielen. Wer sind die Hauptzeichner für diese Anleihen? Ein großer Teil davon sind öffentliche Institute. Das war nur möglich durch Schwächung ihrer eigenen Finanzkraft, die sich in der Zukunft noch schwer rächen wird. Der größte Teil der Anleihezeichner kommt aus den Kreisen der erwerbsfähigen Landwirte, erfolgreicher Händler und Großindustrieller, die ihre hohen Kriegsgewinne, die sie auf Kosten der arbeitsfähigen Massen des Volkes gemacht haben, in Kriegsanleihe anlegen. (Sehr wahr! bei der SD.) Niemand kann bestreiten: Unser Volk hat sein Leben außerordentlich teuer zu bezahlen. (Sehr wahr! bei der SD.) Viele Existenzen sind ruiniert, andere zehren ihre Ersparnisse auf. Die Tatsache, daß es gelungen ist, den Dank- und Anleiheanspruch auf 5 Proc. zu erhalten, schließt nicht dagegen, daß im Geschäftsleben eine ganz gewaltige Steigerung des Zinsfußes die Folge ist. Ich erinnere an den Notstand des kriegführenden Grundbesitzes. Einmal muß ja doch dieser Krieg ein Ende nehmen. (Seiterzeit und Zurufe.) Man sagt, wenn kein Geld mehr da ist, ja, das ist leider die Perspektive. Die Zahl derer, die durch den Krieg Gewinne gemacht haben, ist unendlich kleiner, als die Zahl der durch den Krieg Geschädigten. (Sehr wahr! bei der SD.) Die Landwirte und die Großindustriellen gehen aus dem Kriege geküßt an Finanzkraft und auch gehärtet in ihren Organisationen hervor. Unserer Arbeiterschaft aber wird es sehr schwer werden, in Zukunft ihre Lebenshaltung auch nur auf den früheren Stand zurückzubringen. (Sehr wahr! bei der SD.) Man legt, an uns liegt nicht die Schuld, wenn der Krieg noch fortwährt, die andern sind schuld. Gewiß wollen alle den Frieden — es ist aber nur eine ganz geringe Zahl von Leuten, die den Krieg um des Krieges willen fortwähren wünschen — aber daß man dem Frieden will, das bringt noch keinen Frieden. (Sehr wahr! und Heiterkeit.) Es kommt darauf an, was man tut. (Sehr wahr! bei der SD.; ironische Sehr richtig! rechts.) Wir können den Frieden haben in dem Augenblicke, wo von deutscher autoritativer Seite erklärt wird, wir sind bereit zu einem Waffenstillstand als Einleitung zu einem allgemeinen europäischen Kongreß, der den Frieden herstellen soll auf der Grundlage des demokratischen Rechts aller Völker. Im Namen meiner Fraktion habe ich zu erklären, wir unterstützen diesen Krieg wie alle Kriege. Sie alle haben ihre Aufgabe in den Klasseninteressen und Klassenverhältnissen der Herrschenden. Es gibt keine Gegenkräfte der arbeitenden Klassen verschiedener Länder, die die Austragung durch das brutale Mittel des Krieges nötig machen. Der Auswanderung des Volkes, der Zerstörung von Werken, den ungeheuren Opfern an Menschenleben und Gesundheit muß endlich Einhalt getan werden. Wir verlangen eine wahrhaft demokratische Politik, die zugleich die beste Friedensgarantie ist. Wir sind nicht in der Lage, die Verantwortung für die Weiterführung der von uns als verwerflich erkannten Politik zu übernehmen und lehnen daher die geforderten Kredite ab. (Sehr. Beifall bei der SD.)

Die Debatte schließt.
Der Antrag Saueremann (SD) wird zugleich in die zweite und dritte Lesung eingelesen und in dieser debattiert die Vorlage auf Bewilligung der 12 Milliarden gegen die Stimmen der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft angenommen.

Es folgen die getrennt zurückgebliebenen Abstimmungen über den Antrag der Budgetkommission betr. Zusammenzutreten dieser Kommission in Zeiten der Verlegung des Reichstages zur Beratung von Angelegenheiten zur auswärtigen Politik und des Krieges, sowie über die dazu vorliegende konservative Resolution, die nur für die Dauer des Krieges die Möglichkeit der Einberufung der Budgetkommission zur Besprechung auswärtiger Fragen vorsieht. Nach Ablehnung der konservativen Resolution wird der Antrag der SD-Kommission in wesentlicher Abstimmung mit 302 gegen 11 Stimmen bei einer Stimmenthaltung angenommen. Die Abstimmung über die Freigabe von Kursen der vom Reichsbankrat zugelassenen Wertpapiere wird nach kurzer Debatte an die Kommission von 14 Mitgliedern verwiesen. Der Antrag der SD-Kommission betr. die Freigabe der Budgetkommission für die Regelung der Schußpatente während eines Krieges wird ebenfalls von besonderer Kommission zur Vorbereitung zu überweisen.

Carlsberg (SD): Nach meiner Auffassung braucht das Gut der persönlichen Freiheit nicht horizontalisiert zu werden, um einen Krieg herbeizuführen. Wir sind nicht erst jetzt in einer milden Agitation gegen die Art der Kriegführung geworden. Schon der Kaiser, die an der Spitze dieser Agitation standen, ist immer wieder bereit gewesen. Es müßte einen hohen Reichsbeamten zu nennen, der als Sachverständiger darüber vorzutragen würde, ob eine Demonstration auf dem Reichsbankplatz

gefährlicher ist, als eine Agitation, die von der Schanzthalersche in München inspiriert wird. (Seiterzeit.) Ich glaube, sein Gutachten würde stark antibairisch ausfallen. Trotzdem ist niemand von diesen Männern in Schutzhaft genommen. Ich freue mich darüber, aber wenn man gegenüber so gräßlichen Ausschreitungen der einen Seite so nachsichtig ist, darf man nicht auf der andern Seite mit Feuer und Schwert vorgehen. Wir sind für Befreiung des Belagerungszustandes, der die Mißbräuche bei der Schutzhaft erst ermöglicht. Gegen den Antrag der Kommission hat die Regierung eingewandt, es sei besser, das ein Unschuldiger leide, als daß die Gesamtheit schwerer geschädigt, als durch eine ausgedehnte Mißhandlung völlig unschuldiger Bürger. (Sehr wahr! bei den Soz.) Der Staat wird genügend geschützt durch das Spionagegesetz. Auf jeden Fall muß den einzelnen Bürgern Schutz gegen mißbräuchliche Anwendung der Schutzhaft gewährt werden. Sind doch solche Mißbräuche vorgekommen, die geradezu nach Garantien schreien. Der einzelne ist zurzeit vollkommen schutzlos, er erfährt nicht den Grund seiner Verhaftung, hat kein Beschwerderecht, kein Recht auf den Bestand eines Verteidigers. Ich erinnere nur an den Fall Wehring. Nur das Deutsche Reich gegen die Feder dieses über 70jährigen Mannes zu schützen, mußte er in Schutzhaft genommen werden! Schlimmer ist noch, daß man in zahllosen Fällen Leute, die Flugblätter verteilt haben, einfach auf 4 Wochen in Schutzhaft genommen hat. Eine merkwürdige Auslegung des Begriffes Schutz, wenn man gleich bei der Unordnung die Frist so genau bemißt! Man könnte fündenlang über solche Mißbräuche sprechen. Auch der vorliegende Entwurf der Kommission läßt noch eine ganze Reihe von Mißbräuchen zu. Zimmerlich bedeutet er eine Besserung des bestehenden Zustandes. Deshalb find wir bereit, ihn zur Grundlage der Beratungen in einem besonderen Ausschuss zu machen.

Gruber (Z): Der Belagerungszustand ist während des Krieges notwendig, aber auch ein wirksamer Rechtsschutz gegen die mißbräuchliche Anwendung der Schutzhaft. Bei schwerem Verdacht wird Untersuchungshaft mit allen Garantien eines geordneten Verfahrens verhängt, bei leichtem Verdacht militärische Schutzhaft ohne Garantie. Dieser Widerspruch muß beseitigt werden. Für die notwendige gesetzliche Regelung muß die Regierung ebensowohl nach während des Krieges Zeit finden, wie sie die Zeit zur Ausarbeitung neuer Steueretze gefunden hat. (Beifall.) Hierauf verlegt das Haus die Weiterberatung auf Sonnabend 3 Uhr.

Schluß 7 1/2 Uhr.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Sitzung der Weisen-Aussteuer.

Abgeordneter Genosse Wolfenbuh hat im Reichstage folgende Anfrage eingebracht: „Mit dem Herrn Reichskanzler bekennt, daß das Reichsversicherungsamt eine grundsätzliche Entscheidung gefällt hat, wonach ein Anspruch auf Weisen-Aussteuer nicht besteht, wenn die Witwe vor dem Tage verstorben ist, an welchem die Weisen das 15. Lebensjahr vollenden. Beabsichtigt der Herr Reichskanzler durch Bundesratsverordnung auf Grund des Ermächtigungsgesetzes, diese Härte zu beseitigen?“

Ausweiserteilung über Kriegsverordnungen.

Der nationalliberale Abgeordnete Schiffer hat mit Unterstützung von Mitgliedern der verschiedenen Parteien im Reichstage einen Gesetzentwurf als Initiativantrag eingebracht, der die Ausweiserteilung über Kriegsverordnungen regeln soll. Sich in der Masse von Verordnungen, die seit dem 4. August 1914 erlassen worden sind, zurechtzufinden, ist für den gewöhnlichen Staatsbürger nicht nur, sondern auch für viele Behörden zu einer Unmöglichkeit geworden. Vielfach ist es nun vorgekommen, daß Leute bestraft worden sind, weil sie eine dieser Verordnungen übertreten hatten, trotzdem ihnen vorher von Behörden versichert worden war, daß ihre Absicht gegen keine Verordnung verstoße. Diesem Uebelstand will der Gesetzentwurf abhelfen.

Verbot der Nacht- und Sonntagsarbeit in Bäckereien und Konditoreien.

Die Petitionskommission des Reichstages verhandelte am Donnerstag eine von den Vorständen des Zentralverbandes der Bäcker, des Zentralverbandes der Nahrungs- und Genussmittel-Industriearbeiter und des Gewerkschafts deutscher Bäcker und Konditoren überreichten Eingabe, die verlangt, daß erstens der Reichsgewerbeordnung ergänzende Bestimmungen eingefügt werden, nach denen die Arbeit in allen Bäckereien, Konditoreien und deren Nebenbetrieben in der Zeit von 10 Uhr abends bis 6 Uhr morgens verboten werden; 2. Festsetzung der zulässigen Betriebszeit für erwachsene Arbeiter auf höchstens 10 Stunden, für jugendliche Arbeiter auf neun Stunden täglich, Verbot der Arbeit von Sonnabend 10 Uhr bis Montag früh 6 Uhr; 3. daß an den hohen Festen die Betriebsruhe vom letzten Werktag vor dem Feste abends 10 Uhr bis zum Tage nach dem Feste morgens 6 Uhr währt.

Der Eingabe war eine ausführliche Begründung beigegeben, die zunächst darlegt, daß die geltende Verordnung für die Bäckereien vom 3. Januar 1915 weder eine Einschränkung in der Herstellung des Weißbrotgebäudes, noch eine Erhöhung der Herstellungskosten im Gefolge hatte. Die Folgen des Verbotes der Nachtarbeit in gesundheitlicher, sittlicher und moralischer Beziehung seien unverkennbar. Die wirtschaftlichen Vorteile für die Bäckerinhaber träten in der Erparnis an Licht in den Arbeitsräumen und in besserer Regelung des Ladenverkaufs in die Erscheinung. Des weiteren sind in der Begründung angeführt ausführliche Gutachten des Reichsgesundheitsamtes, hervorragender Hygieniker, Sozialpolitiker und Gewerbetreibender. Der Referent für die Eingabe, Genosse B r e n n, führte an, daß neben den verschiedenen Verbänden der Arbeiter auch die hervorragenden Vereinigungen aus dem Bäckergewerbe sich für das Beibehalten der Nachtarbeit ausgesprochen haben. Verschiedene Großbetriebe, die zunächst ihre Betriebsrichtung ändern mußten, haben sich inzwischen technisch den Anforderungen angepaßt und ihren Widerspruch ausgegeben. Eine dauernde Befreiung der Nachtarbeit, fordere die Kölner Bäcker-Zwangsgemeinschaft. Nur einige Innungen in Bayern und Baden erklärten sich gegen ein dauerndes Verbot der Nachtarbeit. Der Zentralausschuß der Vereine Hamburg-Altonaer Großhändler wünschte eine Regelung der Nachtarbeit, damit ihr Gewerbe nicht beeinträchtigt werde.

Der Geh. Oberregierungsrat Dr. L e y m a n n teilte mit, daß eine Gesetzesvorlage für Bäckereibetriebe in Vorbereitung sei, über deren Einzelheiten mit den Interessenten verhandelt worden ist. Die Kommission beschloß einstimmig, die Eingabe, soweit sie die Nachtarbeit betrifft, der Regierung zur Berücksichtigung zu überweisen; ebenso fand die Frage über die Regelung der Sonntagsarbeit grundsätzliche Zustimmung. Zu dem übrigen Inhalt der Eingaben wurde Ueberweisung als Material beschlossen.

Deutscher Industrierrat.

Die Delegiertenversammlung des Zentralverbandes deutscher Industrieller hat mit dem Bund der Industriellen Sitzungen für einen „Deutschen Industrierrat“ vereinbart. Zu der Tätigkeit des Reichswirtschaftsamtes wurde folgender Beschlusentwurf gefaßt: „Die Delegiertenversammlung des Zentralverbandes Deutscher Industrieller spricht sich dahin aus, daß die Frage der Bildung eines besonderen Reichswirtschaftsamtes in einer von

Kriegsausfluß der deutschen Industrie einzusehenden Kommission einer eingehenden Erörterung unterzogen wird und die zu fassenden Beschlüsse alsdann den verbündeten Regierungen unterbreitet werden. Schon heute weist sie aber darauf hin, daß zur erfolgreichen Wahrung der wirtschafts- und handelspolitischen Interessen des Deutschen Reiches insbesondere unter und nach dem Kriege ein lebendiges, vertrauensvolles Zusammenarbeiten der Reichszentralbehörden mit Industrie, Handel und Schiffahrt durch Vermittlung ihrer anerkannten Vereinigungen in gesteigertem Maße unumgänglich notwendig ist, namentlich auch die Behandlung der einschlägigen Fragen an einer zuständigen Stelle. Sie betont insbesondere die Notwendigkeit, daß in den mit den wirtschafts- und handelspolitischen Angelegenheiten befaßten Abteilungen des Reichsamtes des Innern Angehörige von Handel, Industrie und Schiffahrt eine angemessene Vertretung finden und über Vorschläge, Verordnungen, Gesekentwürfe, einschneidende Maßnahmen und neue Einrichtungen auf ihrem Sondergebiet mitbestimmend zu hören sind.

Der „Deutsche Industrierrat“ soll nach diesen Wünschen nicht nur als beratende, sondern als mitbestimmende Körperschaft bei der Vorbereitung von Gesetzen usw. herangezogen werden. Den Arbeitern eine Vertretung im gleichen Umfange zuzugehen, halten die Herren vom Zentralverband der Industriellen offenbar für höchst überflüssig.

Aus Nah und Fern.

Mehr Fleisch! Der bekannte hagerische Bauernbundsführer Dr. Heim erörtert in der „Kölnischen Volkszeitung“ die Ergebnisse der letzten Viehzählung und die daraus zu ziehenden

Schlüsse für die Versorgung des Volkes mit Fleisch. Für unsere Verhältnisse sind folgende Ausführungen dieses Artikels von besonderem Interesse: „Es ist erfreulich, daß seit 15. April die Stückzahl (Vieh) doch nennenswert zugenommen hat, obwohl in der ersten Zeit der letzten Zählung abgelaufenen Periode der Ausraubung unserer Viehbestände noch keine Schranken gezogen waren. Darum sage ich: Wenn trotz ungünstiger Verhältnisse unsere Viehbestände zugenommen haben, ist es außer Zweifel, daß unter Wahrung der Versorgung unseres Heeres auch unsere Zivilbevölkerung in kurzer Zeit mit Fleisch besser versorgt werden kann, als es der Fall ist. Präsident v. Batocki hat davon gesprochen, daß im Frühjahr eine Steigerung dieser Ration möglich sein werde. Ich stehe auf dem Standpunkt, daß die Erhöhung der Ration an Fleisch für Schwerarbeiter, die bei der Zuteilung von Brot und Mehl gegenüber der anderen Bevölkerung bevorzugt werden, sofort gewährt werden muß. Mit 250 Gramm Fleisch in der Woche kann kein Schwerarbeiter bestehen. Unsere Viehbestände gestatten diese Zulage bei aller Vorsicht. Die arbeitende Klasse kann mit der zugebilligten Fleischmenge von 250 Gramm nicht durchkommen.“ Es ist durchaus richtig, was Dr. Heim sagt: Mit einem halben Pfund Fleisch in der Woche kann die arbeitende Klasse auf die Dauer unmöglich auskommen, ohne Schaden am Wohlbefinden des Körpers zu leiden. Fortwährende, langandauernde Unterernährung, besonders der absolute Fettmangel, müssen zu Krankheit und Siechtum führen. Leider ist bei einem sehr großen Teil des notleidenden Volkes dieser Zustand schon bedenklich weit vorgeschritten. Um so beachtlicher müssen die Forderungen erscheinen, die von Dr. Heim erhoben werden und auch von unserer Seite wiederholt und dringlich geltend gemacht worden sind. Es genügt allerdings noch nicht, daß in mehr Fleisch gegeben wird — es muß auch billiger werden. Viel Hoffnung kann man freilich nach den bisherigen Wirkungen der Kritik nicht haben.

Ein deutsch-französisches Mißverständnis. Aus Dortmund wird folgendes heiteres Vorkommnis berichtet: Vor dem Hause eines Viehhändlers an der Münsterstraße hält ein Müllwagen mit franco-germanischer Begleitung, und obgleich bei den beiden Herren der Kriegsfuß längst erlahmt ist, so hat eine völlige Verständigung zwischen ihnen doch ihre liebe Not. So haben sie beide eben einen schweren Müllkasten mit Anstrengung auf den Wagen gehoben, als auf dem gegenüberliegenden Trottoir ein Geistlicher vorbeigeht, der von dem Deutschen gegrüßt wird. Der Franzose, der den Bergang beobachtet und sich eben die unvermeidliche Zigarette wieder angezündet hatte, redet seinen Kollegen mit den Worten an: „Das, das — c'est un abbé, Monsieur?“ Der Deutsche greift nur das Wort „abbé“ (Geistlicher) aus dem Satz und meint kopfschüttelnd: „All vier mal — Junge, Junge, du kriest hier in Deutschland te vill te kriären. Komm mit!“ Und er führte den Franzosen an einen verschwiegenen Ort, neben den Stallungen, und ließ ihn dort eintreten. Der Franzose lehnte lachend die freundliche Einladung ab, und dann klärte sich das Mißverständnis auf.

Verlustlisten.

Erschienen sind:
 Preussische Verlustliste Nr. 670.
 Bayerische Verlustliste Nr. 311.
 Sächsische Verlustliste Nr. 349.
 Württembergische Verlustliste Nr. 485.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
 Verleger: Th. Schwarz, Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.



Als Opfer des Weltkrieges fiel unser Verkäufer

Hermann Storjohann.

Ehre seinem Andenken!

Der Vorstand des Konsumvereins für Lübeck und Umgegend. 5325

Öffentlicher Arbeitsnachweis

Abteilung für Frauen und Mädchen

Mengstraße 28' Fernsprecher 115

Geschäftsstunden

vom 1. November 1916 an werktäglich

Gruppe I.

Hausangestellte aller Art, landwirtschaftliches u. Gastwirtschaftspersonal
 9—12 und 4—6 Uhr.

Gruppe II.

Kaufmännische und Bureau-Angestellte
 12—1 Uhr.

Gruppe III.

Fabrikarbeiterinnen, Heimarbeiterinnen
 9—12 Uhr. (5333)

Carl Folkers Möbelmagazin

25 Marlesgrube 25.

Vollst. Wohnungseinrichtung.

Selbstgefertigte Arbeiten.

Größte Auswahl.

5300) Billigste Preise.

weitgehendste Garantie.

Zimmereinrichtung stets vorrätig

Lieferung frei Haus

auf eigen. Möbelwagen.

Teilzahlung gestattet:

Bei Barzahlung Rabatt.

Gabe rote Lübecka-Rabattmarken

Lager aller Sorten Essig

in la. Qualität.
 Weissessig, Honigessig etc.
 la. Tafelessig, Fruchtessig,
 Puddingessig, Back-u. Eipulver
 Eismaisprodukt.
 Ludwig Wiegels, Lübeck
 Nüßnergrube 60. (5303)

Der Friede und die Internationale

Von Hugo Poetzsch.

Preis 10 Pfg.

Buchhlg. Friedr. Meyer & Co.
 Johannisstraße 46.

Kundenliste! Lassen Sie sich gefl. von Sonnabend, d. 28. Oktober an und spätestens am 31. Oktober in meine Kundenliste eintragen, da ich Ihnen nur dann die vom Erziehungsausschuß freigegebenen Waren, wie Weizenmehl, Graupen usw. liefern kann. Das Lebensmittelfisch ist zur Abkempfung vorzulegen. 5310 Ludwig Wiegels, Nüßnergrube 60.

Bitte meine verehrte Kundenliste, sich vom 28. Oktober bis 1. November in die

Kundenliste für Lebensmittel

eintragen zu lassen.
 Carl Hudoffsky,
 Marktstraße 44. (5309)

Nach langem schweren Leiden starb am 26. Oktbr. meine liebe Frau, unser beiden Kinder treuergebende Mutter, unsere unvergeßliche Tochter
Louise Moll
 geb. Meyer.
 In tiefer Trauer
Gustav Moll
 s. St. im Felde.
C. Meyer und Frau.
 Die Beerdigung findet am Sonntag, dem 29. Oktober in Genin statt. (5296)

Sozialdemokratischer Verein Lübeck.
 Ortsgruppe Moisling.
 Am 26. Oktober starb unsere treue Genossin
Louise Moll
 geb. Meyer.
 Ehre ihrem Andenken!
 Die Beerdigung findet am Sonntag, 29. Oktober, vormittags 11 1/2 Uhr in Genin statt. Sammeln der Genossinnen und Genossen 10 1/2 Uhr im Kaffeehaus.
 5297) Der Vorstand.

Für die vielen erwiesenen Aufmerksamkeit und Geschenke zu unserer Silberhochzeit sagen herzlichsten Dank.
Carl Tümler und Frau.
 Zu vermieten zum 1. Januar 1917 eine heizbare Drei-Stuben-Wohnung mit Bodenlampe und allem Zubehör. Preis 320 Mark.
 5223) Johannstraße 46 I.
 Näheres daselbst 2. Etage Iff.

Zwei-Zimmer-Wohnung mit Zubehör u. Gartenland s. verm. 5321) Lauerhofstraße 4.
99 Weimere und größere Ferkel
 billig zu verkaufen.
 5320) d. Klüver, Schwart, III. 133.

Zum sofortigen Austritt suchen wir eine
junge Dame
 mit mehrjähriger Erfahrung in allen Kontorarbeiten.
Lübecker Gen.-Bäckerei
 e. G. m. b. H.
 5322) Töpferweg 65.

Gesucht ein Klempner u. Installateur, Rohrleger (Gas- fitter) Wilhelm Schubert, Lübeck, 5326) Pferdemarkt 17.
 Konfirmiert. Sanfturthe sofort gesucht. (5338) Otto Höpner, Kockstr. 16.

Wartefrau dauernd für einige Stunden früh und nachmittags gesucht. Nähe Burgfeld. (5329) Angeb. u. S B 12 a. d. Exp.

Kleiner eiserner Ofen zu kaufen gesucht. Angeb. unter P O an die Exp. d. Bl. (5318)

Verl. I Kartoffelkarte Nr. 595 Heinrichstr. Marktstr. Rottwischstr. 5298) Abzug. Heinrichstr. 36, 1.

Merztl. Sonntagsdienst am 29. Okt. von 1 Uhr ab: (5314) Dr. Lorenz, Beddergrube 64, 1. Dr. Pauli, Mühlenbrücke 5. Dr. Fr. Christern, Karpfenstr. 4.

Sobald kommt zur Ausgabe
Der Wahre Jacob
 ♦ Humoristisch-satirische Zeitschrift ♦
 Alle 14 Tage erscheint eine Nummer.
 Preis 10 Pfennig.
 Bestellungen durch die Zeitungsträger sowie durch die Expedition unseres Blattes.

Knochenverkauf.
 Montag, den 30. Oktober 1916
 Nr. 14 401-14 600 v. 10-12 Uhr vorm.
 Nr. 14 601-14 800 v. 2-4 Uhr nachm.
 Nr. 14 801-15 100 v. 4-6 Uhr nachm.
 5330) Paul Lohmann.

Markt- hallenstand 46. (5323)
 Heute abend:
Frühge Goldbuff, Hamb. Stinf.
 Sonntag morgen Nüßnergrube 29 von 8-9 Uhr und 10-12 Uhr:
Frühge Goldbuff.
 Johannes Boy, Markthallenst. 46.

Prima fettes Ochsenfleisch
 „ „ Kalbfleisch
 Leberwurst, Blutwurst, Bratwurst.
 Bitte meine werten Kunden, sich für den nächsten Monat in die Kundenliste neu eintragen zu lassen.
 Böttcherstr.
Karl Lahrtz, 14-16 (5316)

Trauer-
 Mäntel, Röcke, Kleider, Blusen, Kostüme, Hüte, Flor, Schleier, Schürzen, Schmuck
 Auswahlsendungen sofort.
 Fernruf 8940. (5311)
Hirsch
 Sandstraße 23.

Kriegsstüchen
 Beckergr. 10-14, Fackelb. III. 10, Mois. III. 55, Spielplatz St. Gertrud, II. Gertrudschule, Wilhelmtheater, Brink 9.
 Ausgabe v. Mittagessen werktägl. v. 11 1/2-1 Uhr (II. St. Gertrudschule 12-1 Uhr) 1 Liter zusammengek. Essen. Ausgabe von Abendbrot (1 Liter Suppe u. Brot) nur Beckergr. 10-14 v. 6 1/2 bis 7 1/2 Uhr. Gericht 25 S. Karten sind am vorhergeh. Tage zu lösen.
 Montag Fleischkarte mitbring.

Arbeiter

bei hohem Lohn gesucht.

Lübecker Gaswerke,

Moisinger Allee Nr. 9
 5305) und
 Geniner Strasse Nr. 80.

Bräuereien
Brauerei zur Walkmühle
Hansa-Brauerei A.G.
 Lübeck.
 Trinkt **Lübecker Vereins-Bräu**
Bavaria-Brauerei
 Hamburg-Altona
 Niederlage Lübeck
 Lindenstr. 60a Tel. Nr. 474

Bräuereien
 Die Biere der **Schloßbrauerei Kiel** werden überall bevorzugt.
 Fleisch- und Wurstwaren
 Sches. u. Schweineschlächtereien
Julius Schober
 feinste Wurstwaren
 Große Burgstr. 55
Heinrich Kronsbein
 Travellmannstraße 26/28
 Hansastraße 35.
 W. Pflow Dankwartstraße 46
 Beste Fleisch- und Wurstwaren

Praktischer Wegweiser

Er erscheint wöchentlich einmal // empfehlensw. Geschäfte // Zerg. Beachtung // empfohlen //

Herrenartikel
Heinrich Waller
 Breitestr. 60
 Herrenwäsche, Krawatten, Unterzeuge, Hüte, Schirme etc.

Schuhwaren
 Schuhwaren- haus
Auguste Popp
 7 Breitestr. 7

Cigarrenhandlungen
Adolf Röhrich
 Holstenstr. 3 Ecke Schüsselbad.

Lederhandlungen
Carl Rohde
 Hundestr. 64
 Schlehenschnitt, Bedarfsartikel, Feiz-Gerberet

Reinr. Schlüter
 Gländorpstraße 7
 Schlehlederarschn.

Thüringer Wurstfabrik
August Scheere
 liefert das Feinste in allen Wurstwaren

Mineralwass.-Spitzen.
 Trinkt den überall beliebtesten:
Krummesser Korn-Kümmel
 Weine
Wilhelm Rahft
 Untertrave 113 Telephone 657
 vortreffliche Bezugsquelle von diversen Weinen u. Spirituosen
 Wurstfabrikation
Fleischwaren-Fabrik
Emil Aland
 Guter Aufschnitt u. Wurst
 Eutin
Mehlmühle, Mühlenfabrikale

Kenner bevorzugen **das gute Lübecker Bürgerbräu**
 Antilienbrauerei Lübeck
 Mälz
C. Ahrens, Bockmeister.
 Ratzeburg
Ratzeburger Aktien-Brauerei
 Schwartau
L. Schaap
 Manufakturwaren u. Konfektion
 Arbeitergarderoben
 Nähmaschinen

Bekanntmachung

über die Ausgabe von Zusatzbrotkarten für die arbeitende Bevölkerung.

I. Für die nächsten sechs Wochen, vom 30. Oktober bis zum 10. Dezember d. J., werden für die arbeitende Bevölkerung wiederum Zusatzbrotkarten über wöchentlich ein oder zwei Pfund Brot ausgegeben werden.

II. 1. Zusatzbrotkarten über zwei Pfund erhalten auf ihren Antrag diejenigen Inhaber von Brotkarten, welche a) als Industriearbeiter, Bauarbeiter, Kohlenarbeiter, Träger usw. besonders schwere körperliche Arbeit oder welche b) mindestens dreimal wöchentlich anstrengenden Nachtdienst verrichten. Selbstverfoger sind von dem Bezuge dieser Zusatzbrotkarten ausgeschlossen.

2. Zusatzbrotkarten über ein Pfund Brot erhalten auf ihren Antrag diejenigen Brotkarteninhaber oder Selbstverfoger, die anstrengende körperliche Arbeit zu verrichten haben, ohne daß diese Arbeit als eine „besonders schwere“ bezeichnet werden kann. Für diese Personen ist außerdem Voraussetzung, daß ihr eigenes Arbeitseinkommen 3000 Mark nicht übersteigt. Die nächsten, die in die Hausgemeinschaft ihres Arbeitgebers aufgenommen sind, Verkäufer und Verkäuferinnen in Lebensmittelgeschäften, Handfertigkeitarbeiter usw. sind zum Bezuge von Zusatzbrotkarten hiernach nur dann berechtigt, wenn die Art ihrer Beschäftigung eine körperliche Anstrengung erfordert.

3. Der Empfang einer Zusatzbrotkarte der einen Art schließt den Empfang einer solchen der anderen Art aus, soweit nicht das Polizeiamt ausdrücklich etwas anderes bestimmt.

4. Jugendliche Personen im Alter von 12 bis einschließlich 17 Jahren, die als solche schon eine Zusatzbrotkarte über wöchentlich ein Pfund Brot oder 850 Gramm Mehl empfangen haben, sind von dem Bezuge einer Zusatzbrotkarte der oben unter 2 bezeichneten Art ausgeschlossen; soweit sie zu den unter 1 aufgeführten Personen gehören, also als Industriearbeiter, Bauarbeiter usw. besonders schwere körperliche Arbeit verrichten, erhalten sie auf Grund der weiter unten zu IV 2 vorgeschriebenen Arbeitgeberbescheinigungen (auf gelbem Vordruck) Zusatzbrotkarten über ein Pfund Brot an den unter V 1 angegebenen Tagen und Stellen.

III. Bei Stellung des Antrages auf Bewilligung einer Zusatzbrotkarte ist das Lebensmittellbuch vorzulegen.

IV. 1. Das Vorliegen der unter II bezeichneten Voraussetzungen haben die Antragsteller durch eine Bescheinigung ihrer Arbeitgeber oder ihrer vorgelegten Dienststellen nachzuweisen.

2. Für die Bescheinigungen sind die vom Polizeiamt vorgeschriebenen Vordrucke (für besonders schwer arbeitende auf gelbem, für die übrigen auf grauem Papier) zu benutzen. Sie sind in der Stadt bei Gebäuderichtern, im Eingemeindungsgebiet bei den Polizeistationen und im Landgebiet bei den Gemeindevorständen zu haben. Die Bescheinigungen müssen die vollen Namen und Geburtsdaten des Antragstellers enthalten. Die Arbeitgeber oder die von ihnen zur Ausstellung der Bescheinigungen Bevollmächtigten haben für die Richtigkeit der ausgefertigten Bescheinigungen mit ihrer Namensunterschrift (nicht mit derjenigen der Firma) persönlich einzustehen. Der Unterschrift muß der Firmenstempel oder der Dienststempel der Behörde beigefügt sein, bei welcher der Antragsteller beschäftigt ist. Ist ein Arbeitgeber nicht vorhanden, so sind die Voraussetzungen für die Bewilligung der Zusatzbrotkarten durch Vorlegung des polizeilichen Meldezeichens, des Gemeindeführers, der Invalidenbescheinigung oder einer anderen behördlichen Bescheinigung, aus der sich der Beruf des Antragstellers ergibt, und, soweit erforderlich, auch durch den Steuerzettel glaubhaft zu machen.

3. Die für die früheren Ausgaben von Zusatzbrotkarten ausgestellten Bescheinigungen werden nicht mehr als gültig anerkannt.

4. Arbeitgeber, welche die Bescheinigungen den Tatsachen unrichtig ausstellen, sowie Brotkarteninhaber, die von einer unrichtigen Bescheinigung zur Erlangung von Zusatzbrotkarten Gebrauch machen, werden mit Geldstrafe bis zu 1500 Mark oder mit Gefängnis bis zu 6 Monaten bestraft.

V. 1. Die Zusatzbrotkarten über zwei Pfund Brot für die oben unter II 1 bezeichneten Personen werden ausgegeben an die Verheirateten, deren Familiennamen anfangt mit den Buchstaben A bis H

am Dienstag, dem 31. Oktober
mit den Buchstaben J bis R
am Mittwoch, dem 1. November
mit den Buchstaben S bis Z
am Donnerstag, dem 2. November

und zwei
in der Stadt und den Vorstädten, einschließlich des Eingemeindungsgebietes, durch die Polizeiwachen,
im Landgebiet durch die Gemeindevorstände.

2. Die Zusatzbrotkarten über ein Pfund Brot für die oben unter II 2 bezeichneten Personen werden ausgegeben an die Verheirateten, deren Familiennamen anfangt mit den Buchstaben A bis L
am Freitag, dem 3. November
mit den Buchstaben M bis Z
am Samstag, dem 4. November

von 9 bis 1 Uhr vormittags
und 4 bis 8 Uhr nachmittags,
im Eingemeindungs- und im Landgebiet in den üblichen Geschäftsstunden.

a) für die Brotkartenbezirke 1 und 2 (Zentral- und Marien-Bezirksbezirke) in den Geschäftsräumen des Polizeiamtes, von 9 bis 1 Uhr vormittags
b) für die Brotkartenbezirke 3 und 4 (Marien- und Johannis-Bezirke) in der Dom-Kanonicale, Domkirchhof 5;
c) für die Brotkartenbezirke 5 und 6 (Vorstadt St. Jürgen) in der Geschäftshaus „Zur Hoffnung“, Hüttenberg-Allee 3 a;
d) für die Brotkartenbezirke 7 und 8 (St. Lorenz-Süd) im „Garten zum Krutengang“, Weislinger Allee 16;
e) für den Brotkartenbezirk 9 (St. Lorenz-Nord) in der Geschäftshaus von Seehagen, Hüttenberg-Allee 38;
f) für die Brotkartenbezirke 10 und 11 (St. Lorenz-Nord IV und V) in der Geschäftshaus von Stende, Hüttenberg-Allee 23;
g) für die Vorstadt St. Gertraud im „Hüttenberg“, Königsweg 25;

h) für das Eingemeindungsgebiet in den Polizeibezirken; i) für das Landgebiet durch die Gemeindevorstände.

3. Innerhalb des vorstehend unter 1 und 2 genannten Zeiten werden Zusatzbrotkarten nicht abgegeben.

VI. Die Abholung der Karten darf nicht durch Kinder unter zehn Jahren geschehen.

VII. Ein Anspruch auf Bewilligung von Zusatzbrotkarten besteht in keinem Falle.

Lübeck, den 26. Oktober 1916. (5299) Das Polizeiamt.

Für die Eintragung in die Kundenliste für Lebensmittel (5319) bitte nach betriebs empfohlen.

Johs. Schwabrohn, Hüttenberg-Allee 33. Friedrich 222.

Bekanntmachung

Zur Anschluß an die Bekanntmachung des Polizeiamtes vom 25. Oktober d. J., betreffend Eintragung in die Kundenliste für Kolonialwaren, welche durch die Nahrungsmittel-Verteilungsstelle zur Verteilung gelangen, wird hierdurch darauf hingewiesen, daß sich Dienstboten, welche am 1. November ihre Stellung wechseln, zweckmäßig gleich dort anmelden lassen, wo der Haushaltungsvorstand ihrer neuen Dienststelle angemeldet ist. Es ist daher zulässig, daß Dienstboten sich noch im Laufe des zweiten November zur Kundenliste anmelden.

Lübeck, den 28. Oktober 1916. (5335) Das Polizeiamt.

Bekanntmachung

betreffend die Regelung der Milchversorgung.

Da die neue Regelung der Milchversorgung erst mit dem 5. November 1916 in Kraft tritt, behalten die für den Monat Oktober 1916 ausgegebenen Vorkaufsmilchkarten ihre Gültigkeit bis einschließlich Sonnabend, den 4. November. Die Milchhändler sind daher verpflichtet, auf diese Karten noch bis zum 4. November die entsprechende Menge Milch zu verabfolgen. Zuwiderhandlungen werden mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 1500 Mark bestraft.

Lübeck, den 28. Oktober 1916. (5332) Das Polizeiamt.

Bekanntmachung

betreffend den Verkauf von Butter.

In der Woche vom 30. Oktober bis 5. November 1916 dürfen auf jede Butterkarte 90 Gramm Butter abgegeben und entnommen werden. Ebenso darf auf jedes Butterbesugnis die volle Buttermenge abgegeben und entnommen werden.

Lübeck, den 28. Oktober 1916. (5336) Das Polizeiamt.

Weihnachtsgaben für das Heer.

Bestellungen

auf sorgjam gepackte Pakete zu 4.— Mk., denen eine Karte des Spenders beigelegt wird, werden bis zum 1. November erbeten.

Vereine vom Roten Kreuz, Abt. für Liebesgaben, St. Annenstraße 2. (5304)

Konsumverein für Lübeck u. Umgeg.

e. G. m. b. H.

Achtung Mitglieder!

Nach der Bekanntmachung des Polizeiamtes vom 25. Oktober sollen für die Verteilung der von dem Kommunalverband Lübeck verausgabten Lebensmittel feste Kundenlisten eingeführt werden. Demzufolge können wir derartige Waren nur dann an unsere Mitglieder verabfolgen, wenn sie sich bei uns in die Kundenliste eintragen lassen.

Die Anmeldungen auf die Kundenlisten werden während der Zeit von Sonnabend, den 28. Oktober, bis Mittwoch, den 1. November, in sämtlichen unserer in Lübeck und eingemeindeten Orten belegenen Warenabgabestellen entgegengenommen. Um für später von der Lieferung dieser Waren nicht ausgeschlossen zu sein, ersuchen wir unsere Mitglieder dringend, sich rechtzeitig zur Kundenliste anzumelden. Die neu verausgabten Lebensmittelbücher sind hierzu vorzulegen.

Der Vorstand. (5306)

Betten-Duvel liefert bestens u. billigt.

5301 Gr. Burgstr. 32.

Ohne Mehl, ohne Milch, ohne Fett und ohne Mähe backt man mit

Dr. Straßmanns Tortenpulver, Pkt. 25 Pfg.

die bekannte herrliche Torte, und mit dem

Wiener Kuchenpulver, 2 Pkt. 25 Pfg., 20 Pkt. 2.40 Mk.

den wohlschmeckenden Kuchen. Mein beliebter

Kaffee-Ersatz mit Nährsalzen, Pfund 95 Pfg.

ist wieder eingetroffen. Ebenso ist der mit Nährsalzen hergestellte, gutbekömmliche, blutbildende und nervenstärkende

Edel-Kaffee-Ersatz „Paninon“, Pfund 1.70 Mk.

in stets frischer Ware am Lager. Ich empfehle den geschätzten Lesern, sich baldmöglichst in meine Kundenliste eintragen zu lassen. (5334)

Fritz Kruse

Inh. Karl König Lübeck, Schlüsselbuden 32.

Deutscher Transportarbeiter - Verband

Ortsverwaltung Lübeck.

Die Verlosung von Haushaltsgegenständen

zum Besten der im Felde befindlichen Kollegen findet am

Sonntag, dem 29. Oktober 1916

abends 8 Uhr

im großen Saale des Gewerkschaftshauses, Johannisstraße 50-52 statt.

Verbunden mit der Verlosung ist ein

Theatralischer Abend und Konzert

veranstaltet von dem Kollegen E. Wilke und unter Mitwirkung mehrerer bekannter Kollegen.

Konzert ausgeführt vom Pianisten Albert Kutsche.

Programm.

- Musikstück.
- Musikstück.
- Musikstück.
- List über List oder der betrogene Geizhals. Lustspiel in einem Akt.
- Der Hauptmann und sein Diener. 1. Akt aus der Militärzeit der Gegenwart. — Pause. —
- Musikstück.
- Paula Gänseklein vor dem Schiedsrichter. Komische Gerichtsszene.
- Auftreten von Frau Wilke und Tochter.
- Schuster Sohle und sein Ideal. Großer Lacherfolg.
- Musikstück.
- Eine Anzahl lebender Bilder aus der Jetztzeit. 1. Abschied von der Heimat. 2. Überfall der Franzosen. 3. Die Gefangennahme. 4. Weihnachten im Felde. 5. Die vier Verbündeten. 6. Hindenburg, dargestellt von einer bekannten Persönlichkeit unseres Verbandes.
- Musikstück.

— Anfang der Vorstellung 7 Uhr. —

Kartenpreis 30 Pfg. für die erwachsene Person, Kinder und Militär die Hälfte.

Der Vorstand.

5307

Herrschaftlich. Mobiliar, ben. u. gr. Post. n. Sofas, Garnit., Trum., Vertikows Tisch, Schlafzim., Kleiderk., Vert. im Möbellager (kein Lab.) Wahnstraße 33. Sandler verbet. (5302)

Chorverein Lübeck.

Die Gesangsstunde des Damenchores findet am

Montag, d. 30. Oktober

abends 9 Uhr, im Gewerkschaftshaus statt.

Zahlreiche Beteiligung ist erwünscht (5327) Der Vorstand.

Lübecker Gen.-Bäckerei

e. G. m. b. H.

Ordentliche General-Versammlung

Montag, den 6. November, abends 8 1/2 Uhr

im „Gewerkschaftshaus“ Johannisstraße 50-52.

Tagesordnung: Geschäfts- und Kassenbericht vom 3. Quartal 1916.

Anteilscheine legitimieren. Lübecker Gen.-Bäckerei e. G. m. b. H.

Der Vorstand. (5337)

Verein der Musikfreunde.

5. volkstüml. Konzert

Mittwoch, d. 1. November

abends 8 Uhr, in der Stadthalle.

Leitung: Jani Szántó.

Vortragsfolge: (5212) Mendelssohn: Ouv. Sommer-nachtsraum. Liszt: Tasso, 1. Rhapsodie. Goldmark: Ouv. La Kuntala. Wagner: Vorsp. Lohengrin. Grieg: 2. Peer Gynt-Suite. Dvorak: Slav. Tänze. Strauß: Kaiser-Walzer.

Konzert

Zauberflöte.

Täglich Konzert.

Damenkapelle ANNITA.

7 Damen.

Wochentags Anf. 7 Uhr.

Sonntags 4 (5295) L. Kock.

Hansa-Theater.

Abends 8 Uhr: Enormer Erfolg!!

Die Nachtigall aus dem Bäckergang.

Sonntag 4 Uhr: (5308) Familien- u. Fremdevorstellung.

20, 50 A und 1.00 M.

Onkel Bräsig.

Heinrich Bunke i. d. Titelrolle. Vorv. Zigg. Sager, Kohlmarkt u. Theaterkasse 10-1 u. ab 6 Uhr.

Stadtheater.

Sonabend, 28. Oktober 1916

Anfang 8 1/4 Uhr:

Die Warschauer Zitadelle

Ein Schauspiel v. Gabryella Zapolska.

Sonntag, den 29. Oktober 1916

nachmittags 3 Uhr

Jeder Platz 50 Pfg.

Die Akrobaten.

Schauspiel von Busch u. Stein. Verlosung der Plätze Sonnabend abend von 8 1/2 - 9 1/2 Uhr an der Theaterkasse.

Abends 8 Uhr: Neuheit! Neuheit!

Mona Lisa.

Oper von Max Schillings.

Dienstag, den 31. Oktbr. 1916

Anfang 8 Uhr:

Die Csárdásfürstin

Operette von E. Kálmán.

Die Schnüffelei nach der Konfession.

Das Zentrum hat bekanntlich im Reichshaushaltsausfluß den Antrag gestellt, eine Statistik über die Konfession der in den Kriegsgesellschaften beschäftigten Personen aufzustellen. Dieser Antrag, der nicht nur von der Rechten, sondern auch von den Nationalliberalen unterstützt worden ist, scheint in nationalliberalen wie auch in Zentrumskreisen Bedenken zu erregen. Die „Köln. Volksztg.“, das rheinische Zentrumblatt, sucht den Antrag deshalb nach Möglichkeit der rechtfertigen. Das Blatt wendet sich vor allem gegen den Vorwurf des Antijemitismus und schreibt dann: „Erst in seiner letzten Reichstagsrede hat der Reichstanzler das Schlagwort geprägt: „Freie Bahn für alle Tüchtigen“. Wir haben nun gerade im Zentrum ein hervorragendes Interesse daran, zu erfahren, wie diese proklamierte Neuorientierung und dieses Kanzlerwort: Freie Bahn für jeden, der tüchtig ist, ohne Unterschied der Konfession, in die Wirklichkeit überführt wird, gerade bei den während des Krieges geschaffenen gewaltigen staatlichen Neuorganisationen. Solche sind das Kriegsernährungsamt und die Kriegsgesellschaften, die mit ihrem großen Beamtenkörper nach der Zahl der Beamten, der Gehälter und dem Einfluß von besonderer Bedeutung sind. Wir wollen deshalb positiv wissen, ob die Katholiken bei diesen Kriegsgesellschaften entsprechend dem konfessionellen Verhältnis berücksichtigt sind oder nicht. . . . Eine einseitige wirtschaftliche oder soziale Richtung kann, wenn sie überwiegend ist, in diesen Gesellschaften für die Zukunft unseres Vaterlandes von verhängnisvoller Wirkung sein. Man hat jetzt schon die vielfachen Mißgriffe dieser Gesellschaften der falschen und einseitigen Zusammenziehung, namentlich in den leitenden Stellen zugeschrieben. Eine solche Einseitigkeit kann bedingt sein durch das Ueberwiegen des Handels in einer solchen Gesellschaft. Sie könnte umgekehrt gerade so gut durch die Uebermacht des Großgüterums verdrängt sein. Wir würden einseitige Bevorzugung des Großhandels in gewissen Gesellschaften ebenso sehr bekämpfen, wie wenn die Gesellschaften durch das „ostelbische Junkertum“ beherrscht würden.“

Mit Recht bemerken liberale Blätter, es sei seltsam, daß das Zentrum dort, wo es die Herrschaft hat, nie so energisch nach Parität fragt: So ist es noch gar nicht so lange her, daß die Zentrumsprelle sehr ungehalten war, als in Bayern bei 28 v. H. Protestanten unter sieben Ministern zwei Protestanten waren. Bedenklicher sind die nationalliberalen Kreise über den Antrag geworden. So schreibt die nationalliberale „Berl. Börsenzeitung“:

„Eines steht unzweifelhaft fest, das ist, daß hier ein Novum vorliegt, ein Vorgang, wie er sich bisher weder in der Geschichte des preußischen Staates, seitdem dieser eine Verfassung hat, noch in der des Deutschen Reiches bisher ereignet hat. Schon mit Rücksicht auf diese Tatsache will es uns verwunderlich erscheinen, daß auch die nationalliberalen Vertreter in der Kommission für den Antrag gestimmt haben. Vielleicht hätte schon der Grundgedanke einer jeden liberalen Partei, daß die Religion persönliche Angelegenheit jedes einzelnen Staatsbürgers ist, ausreichend Veranlassung zu einer anderen Haltung sein müssen.“

Liberale Blätter weisen auch darauf hin, daß schon Bismarck eine Statistik, wie sie vom Zentrum hier verlangt wird, entschieden mißbilligt hätte. Am 30. Januar 1874 erklärte er im preußischen Abgeordnetenhause:

„Ich komme auf die Vorwürfe gegen die Regierung . . . nämlich, daß in den Ministerien unter den Ministerialräten und in den sonstigen Regierungsfunktionen die Katholiken nicht in hinreichendem Maße nach der Zahl ihrer Bevölkerung vertreten sind. Ich lehne jede Verpflichtung einer konfessionellen Volkszählung von der Regierung ab . . . Ich hulde vom Hause aus dem Grundgedanken, daß jede Konfession bei uns die volle Freiheit ihrer Bewegung, die volle Glaubensfreiheit haben muß. Ich habe daraus bisher noch nicht die Konsequenzen gezogen, daß jede Konfession gezählt werden müsse, und daß jede eine ihrer Volkszahl proportionale entsprechende Beteiligung an der Beamtenschaft haben müsse . . . Wo soll das aufhören? Bei dem Ministerium fängt es an; die Oberpräsidenten müssen also auch — ich weiß nicht, wie das Verhältnis ist, ich glaube nach dem Verhältnis wie 4 zu 7, ich will es auch nicht wissen, gezählt werden; die Beamten in allen Regierungsbehörden auch . . . Sobald wir den Staat in konfessionelle Stücke schneiden, an welchen jede Konfession ihren verhältnismäßigen Anteil haben muß, so kommt auch noch die ganz beträchtliche Anzahl der jüdischen Bevölkerung in Betracht, deren Mehrzahl sich ja durch besondere Beschäftigung und Intelligenz für Staatsgeschäfte auszeichnet.“

Aus der Partei.

Genosse Stauning über deutsche und französische Sozialisten. Der Berichterstatter der „National-Zeitung“, Emmerich Deri, hatte eine Unterredung mit dem dänischen Minister, Genossen Stauning, in deren Verlauf auch auf die Haltung der deutschen und der französischen Sozialisten die Rede kam. Genosse Stauning erklärte, im Augenblick wenig Hoffnung auf Frieden zu haben. Auf den Einwurf des Berichterstatters, daß dabei doch den Sozialisten der neutralen Länder eine große Aufgabe zufalle, erwiderte er: „Ja, das meine ich auch. Wir arbeiten auch ständig daran, eine Annäherung zustande zu bringen. Das ist aber wirklich eine sehr schwierige Aufgabe . . . Wir haben vorläufig wenig Hoffnung. Wir haben einen Kongreß gehabt, an dem die Sozialdemokraten der skandinavischen Staaten teilgenommen haben. Daran haben wir noch einen Kongreß im Haag gehabt, an dem die Sozialdemokraten sämtlicher neutraler Staaten teilnahmen. Die größte Schwierigkeit bildet natürlich der Umstand, daß wir nicht im Hande sind, die Sozialdemokraten der kriegführenden Staaten zusammenzubringen.“ Als Ursache dieser Schwierigkeiten bezeichnete Stauning den blinden Haß, mit dem dieser Krieg geführt werde, und auf den Einwurf des Berichterstatters, daß die deutschen Sozialdemokraten in dieser Hinsicht eine Ausnahme machten, erwiderte er: „Das ist wahr. Die französischen Sozialdemokraten haben vorläufig gegen den Frieden gestimmt. Aber die Minderheit bei der letzten Abstimmung über diesen Gegenstand war sehr stark, und wir dürfen hoffen, daß bei der nächsten Abstimmung diese Minderheit noch stärker wird. Die Deutschen haben aber noch mehr getan: sie waren bereit, mit den Sozialdemokraten der feindlichen Staaten in Verbindung zu treten und über die Friedensmöglichkeiten zu verhandeln. Ueberhaupt meine ich, daß die Deutschen viel tüchtiger sind, sie leiden nicht unter der Kriegspychose, wie die Franzosen.“ — Genosse Stauning hat recht. In dem Wunsch, mit den Sozialisten der kriegführenden Länder über die Friedensmöglichkeiten zu verhandeln, sind die deutschen Sozialdemokraten aller Richtungen einig und seit Beginn des Krieges einig gewesen. Die Verhandlungen werden beginnen, sobald auch die französische sozialistische Partei und die englische Arbeiterpartei bereit sein werden, einer Einladung von neutraler Seite zu folgen.

Nach Heidenheim — Neufölln? In Neufölln, das zu dem Wahlkreis Teltow-Beeskow gehört, wo bekanntlich schon zwei Wahlvereine gegeneinander bestanden, soll demnächst Stadtverordnetenwahl stattfinden. In einer Versammlung des radikalen Wahlvereins schlug der Stadtverordnete Dr. Silberstein vor, die alten Kandidaten, obwohl sie meist auf dem Standpunkt der Parteimehrheit stehen, wieder aufzustellen, wenn sie sich durch Unterschrift verpflichten, sich in der Streitfrage des Kreises einer vielleicht später kommenden Entscheidung einer zuständigen Instanz zu fügen. Gegen 12 Stimmen wurde dieser Vorschlag abgelehnt und auf Antrag des Vorstandes beschlossen, eigene Kandidaten aufzustellen. Man kann also in Neufölln das erbauliche Schauspiel erleben, daß zwei Parteien sozialdemokratische Kandidaten gegeneinander im Wahlkampf stehen und daß es dadurch natürlich möglich wird, daß schließlich die Gegner der Arbeiterpartei den Sieg davon tragen.

Bewerkschaftsbewegung.

Eine Reichskonferenz der Dachdecker tagte in Frankfurt a. M. zum zweiten Male während des Krieges. Da die Einberufung eines Verbandstages jetzt unmöglich ist, so mußte die Konferenz eine Reihe Maßnahmen festlegen, die der Organisation für die nächsten Jahre als Richtschnur zu dienen haben. Hierher gehört zunächst die Tarifvertragspolitik. Es wurde eine Entschließung angenommen, die die Arbeiter auffordert, überall, wo es die Verhältnisse zulassen, statt der Kriegs- und Teuerungszulagen tarifliche Lohn erhöhungen zu fordern. Für das Jahr 1917 sollen in allen Bezirken Gattungen vorgegeben werden, die neben der Erledigung der Tariffragen auch eine großzügige Agitation einleiten sollen. Die Monate April und Mai sollen als Werbemonate für ganz Deutschland bestimmt werden und in allen Orten sollen Hausagitationen eingeleitet werden. Weiter wurde die Gründung eines Zentralarbeitsnachweises beschlossen, dessen Führung dem Zentralvorstand übertragen wurde. Er soll die Gewerbe- und Ortsnachweise zusammenfassen und besonders in den Dienst der zurückkehrenden Kriegsteilnehmer gestellt werden. Im Unterhaltungsweien wurde beschlossen, die Wohltat der Krankenunterstützung auch den vom Militärdienst Zurückkehrenden zuteil werden zu lassen, wenn diese sich sofort anmelden, vier Wochen gearbeitet und in der Zeit Beiträge geleistet haben. Bedingung ist freilich, daß auch vor dem Eintritt zum Militär die Verpflichtung erfüllt worden sind. Die Frage, ob Teuerungszulagen und Kriegszulagen als Lohn erhöhungen im Sinne des Statuts aufzufassen sind, das in diesem Falle auch eine Teuerungserhöhung vorzies, wurde einstimmig bejaht. Um die Kosten für die Verwaltungsgeschäfte auf ein im Kriege erträgliches Maß einzuschränken, wurde beschlossen, die Redaktion der „Dachdecker-Zeitung“ vom 1. Januar 1917 an im Zentralverband zu übernehmen.

Soziales.

Die Frage der Prostitution. Mit diesem wichtigen Problem befaßte sich eine aus ganz Deutschland besetzte Versammlung in Berlin, zu der auch Vertreter der Reichs- und Staatsbehörden sich eingefunden hatten. Senatspräsident Schmölder (Hamm), der das einleitende Referat hielt, bekämpfte das Vordrängen, an dessen Stelle er eine Regelung der Wohnungsverhältnisse der Prostituierten in Verbindung mit einer Reglementierung gesetzt wissen will. — Geheimrat Prof. Dr. Lenz trat für Kasernierung der Prostituierten ein. — Mit tiefem sozialen Verständnis traten dann zwei Frauen an die Erörterung dieses Problems heran: Frau Herzog (Dresden) und Frau Henriette Fürth (Frankfurt). Sie wandten sich gegen die Reglementierung, die erfahrungsgemäß nicht vor Ausbreitung schütze, aber die Prostituierte moralisch erniedrige. Im weiteren bekämpften sie die Kasernierung. Durch Polizeimaßnahmen werde man niemals die Prostitution beseitigen oder vermindern. Auch unter den jungen Arbeiterinnen herrsche vielfach Genußsucht. In der Hauptsache sei es aber die Not, ja oftmals der Hunger, der die jungen Arbeiterinnen in die Arme der Prostitution treibe. Schaffe man die Reglementierung ab, — das sei bereits in vielen Ländern geschehe —, jorge man für auskömmliche Löhne, auch für die weiblichen Arbeiter, und lasse man durch Belehrung und Erziehung auf die jungen Arbeiterinnen zu wirken, dann werde sich eine Eindämmung der Prostitution erzielen lassen, denn eine auskömmlich bezahlte Arbeiterin gebe sich nicht der Prostitution hin. Diese Ausführungen fanden lebhaften Beifall der Versammlung.

Aus dem Gerichtssaal.

Kriegs-Profitmacher. Der Kaufmann Held in Altenstein sollte als Kommissionsär der Häuteverwertung für die Kriegsliefergesellschaft Häute aufkaufen und an sie abliefern. Er verkaufte aber im Jahre 1915 an die Firma Demmler-Berlin 6000 Rindhäute und an die Firma Hirschberg in Berlin 2000 Rindhäute. Diese wurden als „ausländische“ Häute bezeichnet und von den Berliner Firmen weiter verkauft. Die Staatskasse ist um 174 000 Mk. geschädigt worden. Die Berliner Händler bezahlten für die Häute 1,10 bis 1,15 Mark pro Pfund, erhielten aber 1,80 bis 2,00 Mark. Held wurde vom Allensteiner Kriegszustandsgesicht zu 1450 Mark Geldstrafe verurteilt. Der Mann ist gewiß billig davongekommen.

Wegen Kriegswuchers verurteilte das Schöffengericht Posen den Rittergutsbesitzer Thaddäus v. Brödere und Garby zu 6000 Mark Geldstrafe oder hundert Tagen Gefängnis. Brödere hat Maisfrot zu 70 Mk. an, während der Kaufpreis nur 25 Mk. betrug.

Wucherischer Kettenhandel und doch freigeiprochen. Das Schöffengericht in Görlitz hatte den Schuhwarenhändler Schneider wegen Betrug zu 50 Mk. Geldstrafe verurteilt. Im vergangenen Jahre lieferte die Schuhwarenfabrik hoch in Pirmasens Schuhe aus Schaaleber und Papp an einen Großhändler Volkmann in Berlin für 450 Mk. pro Paar. Volkmann verkaufte die Schuhe mit Verdienst an den Händler Landsberg in Breslau, von dem sie Schneider für 950 Mk. pro Paar erstand. Schneider wieder verkaufte das Paar Schuhe zu 1250 Mk. Eine Frau, die ein solches Paar Schuhe erstanden hatte, brachte sie ihm schon am anderen Tage mit durchlaufener Sohle zurück. Es erfolgte darauf Anklage gegen Schneider und Beurteilung durch das Schöffengericht. Die von diesem Gericht verhängte Strafe dachte aber Schneider zu hoch und er legte Berufung ein. Vor der Strafkammer erklärte er, die Schuhe wären ihm als gut und preiswert angeproben worden und er hätte die Minderwertigkeit nicht erkannt. Das Gericht kam zu der Ueberzeugung, daß kein Betrug vorliege und sprach den Angeklagten frei.

Kettenhandel. Als ein Musterbeispiel für die Schädlichkeit des Kettenhandels kann eine Anklage gelten, die vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte verhandelt wurde. Unter der Beschuldigung, Erbsen, deren Beschlagnahme öffentlich bekanntgegeben war, ohne Genehmigung der J.-G.-G. verkauft und dabei Kriegswucher getrieben zu haben, fanden der Händler Christian Schendel und Johann Kleinmann sowie der Kaufmann Bernhard Pistorius vor Gericht. Eine Bank in Bolognig bei Gnesen verkaufte an einen gewissen Käse einen Posten „Viktoria-Erbsen“ zum Preise von 36 Mk. pro Zentner. Käse, gegen den jetzt auch ein Verfahren in Gnesen schwebt,

setzte sich mit seiner Verwandten Schwinte in Berlin in Verbindung und diese übernahm in Gemeinschaft mit Tappert die Unterbringung der Erbsen, für die Käse nicht weniger wie 80 Mk. forderte. Sie fanden sofort einen Käufer in der Person des Angeklagten Schendel, der bis dahin Zuchthaus war, seit Kriegsausbruch aber mit Lebensmitteln handelte. Dieser übernahm dem Posten, zahlte den beiden Vermittlern, die gar keine Mühe aufzuwenden hatten, 72 Mk. Provision und sah sich weiter nach einem Abnehmer um. Zufällig hörte der Angeklagte Kleinmann hiervon, ging ans Telefon und fand ohne weiteres einen Käufer im Pistorius, der die Erbsen zu 110 Mk. pro Zentner übernahm und im Kleinhandel weiter vertrieb. Kleinmann hat für dieses eine Telefongespräch 159 Mk. Provision erhalten. — Pistorius wurde nur des Vergehens gegen die Verordnung vom 26. August 1915 schuldig befunden und zu 200 Mk. Geldstrafe verurteilt. Bezüglich der übrigen drei Angeklagten nahm das Gericht an, daß hier ein Fall von Wert und schlimmsten Rahmungsmitel wuchers vorliege, denn die Erbsen, die für 36 Mk. in Bolognig verkauft wurden, seien dadurch, daß Herr Käse den Preis auf 80 Mk. emporschneulte und sie dann von Hand zu Hand wendeten, in kurzer Zeit bis auf 110 Mk. pro Zentner gestiegen und die Ware dem deutschen Volke ungebührlich verteuert worden. Tappert, Schendel und Kleinmann wurden zu je 1000 Mk. Geldstrafe verurteilt.

Kriegsereue und Großbauer. Vom Schöffengericht in Potsdam berichtete der „Vorwärts“ einen traurigen Fall. Die 26jährige Frau Pauline Schid in Veesch hat fünf Kinder, für die seit der Eheberufung des Mannes ihr die Sorge obliegt. Am 9. August konnte sie, nachdem sie tagsüber gearbeitet hatte, keine Milch für ihre Kinder aufreiben und deshalb wandte sie sich an den Gemeindevorsteher Krause. Dieser riet ihr, vom Bauer gutsherrlicher Pächter Milch zu holen, und begleitete die Frau auch gleich dorthin. Der Bauer aber schrie die Frau an, sie solle sich vom Hofe lösen, und da die Frau deswegen empört sich äußerte, verließ der Bauer ihr acht oder neun Ohrfeigen, und als die Frau seiner Hoheit ausweichen wollte, war er hinter ihr her. Er drückte sie zu Boden, schließlich fiel die Frau noch über ein Bachgefäß und zog sich dabei eine Verletzung zu. Sie mußte nun, der Gewalt weichen, den Hof unverrichteter Dinge verlassen. Weber die Autrität des Gemeindevorstehers nach das Mitleid mit den Kindern der Frau schreckte den kraftbewußten Bauern ab. Der Gemeindevorsteher hand stumm dabei und drehte sich nach seinen eigenen eblischen Angaben während der Taktlosigkeit um, er sah „von nichts“. Er hörte aber, wie Pech sagte: „Du willst dich wohl noch wehren?“ — Welche Strafe hat nun das Gericht dem Bauer Pech aufgelegt? Was, er war gar nicht angeklagt; die Frau war angeklagt wegen — Hausfriedensbruchs! Natürlich wurde sie freigesprochen; sie habe, so sagte der Vorsitzende, sich in ihrem guten Recht befunden, als sie ihre Milchmenge beanspruchte, und das Zumeinigungsrecht dürfe nicht rückgebunden werden. Das Hausrecht finde seine Grenze in den Befugnissen der Obrigkeit, und deshalb kann von einer Widerrechtlichkeit der Angeklagten, die sich erst auf die Angriffe vertheidigte, keine Rede sein. Aber ist's nicht ein starkes Stück, daß die vorprügelte Frau statt des gewalttätigen Bauern angeklagt wurde? Ob der Staatsanwalt wenigstens nun den Mann in sich vornehmen wird?

Freigeiprochener Pappdeckelfabrikant. Vor der Mainzer Strafkammer hatte sich der Inhaber einer großen Schuhfabrik zu verantworten, weil er bei seinen Schuh- und Stiefelfabrikanten Pappdeckel (Lebererlag) verwendet hatte. Der Mann wurde freigeiprochen, weil er seinem Abnehmer, einem Mainzer Großhändler, gesagt hatte, die Stiefel seien nur zum Ladenverkauf, nicht zu Lieferungen an Militärbehörden geeignet. In der Verhandlung wurde weiter bekannt, daß der Mainzer Händler die Waren nach Frankfurt a. M. verkauft hatte; von dort wurden sie dann unter der gleichen Klausel (nur für Ladenverkauf verwendbar) an eine Berliner Firma (Jacobi) veräußert. Letztere ließ die Vorrichtungsmaßregel, daß die Stiefel nur für den Ladengebrauch geeignet seien, außer acht und verkaufte die Waren an ein militärisches Beschaffungsamt. Er wurde bereits vor einiger Zeit mit 5 Jahren Gefängnis bestraft.

Wucher. Die Strafkammer in Darmstadt verhandelte am Freitag und Sonnabend gegen den 57 Jahre alten Getreidehändler Max Kamberg von Offenbach, der auch als stellvertretender Kommissionsär und Leiter der Mhlverteilungsstelle des Kommunalverbandes Offenbach tätig war, wegen Uebererschreitung der Höchstpreise. Schon im Vorjahre hatte er wegen Uebererschreitung des Höchstpreises bei einem Kleiderkauf Bestrafung zu erwarten, doch wurde die Verhandlung damals ausgesetzt, weil weitere Verurteilungen vermutet wurden. Die Untersuchung hat nun ergeben, daß Kamberg in über 140 Fällen bei Verkauf von Kartoffelmehl, Floren, Gerste, Kleie den Höchstpreis fortgesetzt überschritten hat. Nach dem vielleitigen Gutachten des Bürgerschaftsverständigen Zindorf (Offenbach) ist der Betrag auf etwa 1500 Mk. zu bemessen. Kamberg schätzte die Schuld auf Uebererschreitung von Arbeit, sein Personal habe (!) die Verurteilungen begangen. Es wurde aber festgestellt, daß Kamberg persönlich in einem Falle den Höchstpreis um 700 Mark überschritt, also vorzüglich gehandelt hat. Kamberg wird für schuldig erachtet, sein Personal nicht hinreichend unterrichtet zu haben und wird zu einer Gesamtstrafe von 1500 Mk. event. 90 Tagen Gefängnis verurteilt. Für einen solch geriffenen Wucher ist das eine viel zu geringe Strafe.

Aus Nah und Fern.

Ein Landrat gegen die „ehelichen Krämerjungen“. Der Landrat des Kreises Braunsberg erläßt zur Kartoffelnot eine Bekanntmachung, in der es heißt: „Offenbar halten einige Landwirte im hiesigen Kreis die Kartoffeln in der trügerischen Hoffnung auf einen höheren Preis zurück. Mir sind solche Fälle bereits nachgewiesen. Infolgedessen macht sich sogar im hiesigen Kreise eine Knappheit von Kartoffeln bemerkbar. Die Zurückhaltung von Lebensmitteln aus schänder Gewinnlust ist in jeder Zeit ehelich und verbrocherlich. Unser Soldaten opfern Leben und Gesundheit, damit wir leben können hinter ihrer ehernen Mauer. Einzelne eheliche Krämerjungen aber halten Kartoffeln zurück, damit der Staat gezwungen werden soll, die Preise für das unentbehrlichste Lebensmittel zu erhöhen. Heraus mit den Kartoffeln! Es folgen in den nächsten Tagen keine großen Ablieferungen an den Kommissionsär des Kreises, so werde ich mit den rückwärtslosten Mitteln vorgehen. Die Landwirte bitte ich, den guten Ruf ihres Standes zu schützen, indem sie mir solche gewissenlose Egoisten zur Anzeige bringen.“ — Der Landrat teilt dann mit, daß er bei einem Landwirt bereits Kartoffeln enteignet hat.

„Aus lauter Mitleid.“ Dieser Tage fand sich in einem Nachbardorfe des freundlichen Städtchens Gehlhausen ein Frankfurter mit der Absicht ein, Eier zu hamstern. Er ging von Haus zu Haus und begegnete überall nur mitleidigen Mäkeljungen. Bei einer Bäuerin erreichte er jedoch was er wollte, nachdem er anstatt des Höchstpreises von 18 Pf. für ein Ei 40 Pf. geboten hatte. Sie holte, wie sie sagte, aus lauter Mitleid, hundert Eier herbei und überließ sie dem Hamster. Dieser legte 18 Mark auf den Tisch: „Für den Rest können Sie mich verfluchen“, jagte er und ging.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Berleger: Th. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.

Die Ausnutzung des Nährwertes der Gerste durch die Bierbrauerei.

Ein Wort zur Aufklärung!

Vielfach erschienen in letzter Zeit in den gelesesten Tageszeitungen Deutschlands, namentlich in solchen, welche der Abstinenzbewegung nahe stehen, teils gehässige, teils unverständige Auslassungen über die mißbräuchliche Verwendung unserer deutschen Gerstenernte, sodaß aufklärende Zeilen im Allgemeininteresse dringend geboten erscheinen.

Bei oberflächlicher Betrachtung könnte es den Anschein haben, daß durch die Verarbeitung der Gerste zu Bier der Nährwert der Gerste auf ein geringes Maß herabgedrückt werde. Wenn das der Fall wäre, würde mit Recht zu erwägen sein, ob nicht das Bierbrauen gänzlich verboten oder auf den Bedarf für die Feldtruppen und für besonders schwer arbeitende Kriegsindustriearbeiter sowie für Kranke eingeschränkt werde. In Wirklichkeit liegt die Sache jedoch ganz anders:

Durch die Brauindustrie wird die Gerste zu höchster Ausnutzung für die Volksernährung erschlossen. Das ist eine Tatsache, die von der Ernährungsphysiologie festgestellt ist und einstimmig anerkannt wird.

Der Leiter des Ernährungsphysiologischen Instituts der Universität Berlin, Geh. Medizinalrat Prof. Dr. Kubner, gibt in der „Deutschen Medizinischen Wochenschrift“, Nr. 40, vom 1. Oktober 1914 sein Urteil dahin ab:

„Bei der Bierbereitung erhalten wir ungefähr 70 Prozent der Nährstoffe als Bier. Der Rest geht als wertvoller Nährstoff für die Viehfütterung. Bei der Fütterung der Tiere werden wir aber die Gerste etwa zur Schweinezucht oder Fleischgewinnung überhaupt, so gewinnen wir etwa nur noch 10 Prozent der verführten Gerste wieder und mehr als 90 Prozent werden durch den Stoffwechsel der Tiere zerstört.“

Aus dieser Erklärung von hiesiger Stelle geht hervor, daß schon allein im Bier etwa 70 Prozent der Nährstoffe der Gerste dem Menschen nutzbar gemacht wird. Dieses Ergebnis ist ermittelt auf Grund genauer Berechnungen des Kaloriengehaltes der Gerste und des Bieres.

Das Bier bildet aber keineswegs das einzige Erzeugnis, das die Brauindustrie in einem vielfältigen, auf das sorgfältigste durchgeführten Umwandlungsverfahren aus dem Gerstentorn herstellt. Die entfallenden 30 Prozent werden weit mehr als ausgenutzt durch den hohen Nähr- und Futterwert der beim Brauen entfallenden Nebenzeugnisse.

100 Kilogramm Gerste liefern außer dem Bier im Durchschnitt 5 Kilogramm Futz- und Schwimmgerste, 4 Kilogramm getrocknete Malzkeime, 26 Kilogramm getrocknete Biertreber und 5 Kilogramm getrocknete andere Abfälle.

Es ist von der Futtermittellehre allgemein anerkannt, daß der Gehalt der Biertreber an leicht verdaulichen wertvollen Futterstoffen verhältnismäßig sehr groß ist. So enthalten: Biertreber 21,7 Prozent Protein, 6,6 Prozent Fett, 43,6 Prozent stickstoffreiche Extraktstoffe, 14,9 Prozent Holzfaser. Dieser hohe Nährwert der Treber hat um so größere Bedeutung, als durch Treberfütterung die Milchherzeugung sehr gefördert wird. So heißt es, um nur ein Zeugnis für viele anzuführen, in dem Werke von Geh. Hofrat Prof. Dr. O. Kellner, Vorstand der Königl. Versuchsanstalt Möckern, „Die Ernährung der landwirts-

chaftlichen Nutztiere“, 7. Auflage, 1916: „Die Treber sind der Milchproduktion günstig. Sehr geeignet sind sie ferner für Mastzinnen und Schweine.“ Ferner in dem Werke von Böhrner: „Die Kraftfuttermittel“, Berlin, 1903: „Die frischen Biertreber gehören zwar zu den wasserreichen Futtermitteln, zeichnen sich aber durch Proteinreichtum und ein enges Nährstoffverhältnis aus. Sie werden aus diesem Grunde neben vielem Raufutter und proteinarmen Hackfrüchten mit vielem Erfolge an Rindvieh verfüttert.“ Durch den Fortfall des Treberfutters würde es vor allem auch den Städten ungemein erschwert, wenn nicht zum großen Teil unmöglich werden, die nötige Milch zu beschaffen.

Wie den Trebern, so ist auch den getrockneten Malzkeimen ein sehr hoher Futterwert beizumessen. Professor Kellner stellt in dem angegebenen Werke fest, daß „man in den gedörrten Malzkeimen durchschnittlich 22 bis 25 Prozent Rohprotein, worunter 6 bis 8 Prozent Eiweiß, ferner 1 bis 2 Prozent Fett, 12 bis 13 Prozent Rohfaser und zusammen 12 bis 13 Prozent Invertzucker und Maltose findet.“ „Ihre hauptsächlichste Verwendung finden die Malzkeime bei der Verfütterung des Milchviehes, bei der sie wegen ihrer anregenden Wirkung sehr geschätzt sind. Fohlen und Kälber gedeihen bei der Fütterung mit Malzkeimen sehr gut.“ Also auch hier haben wir die hohe Bedeutung dieses Nebenzeugnisses der Bierbrauerei für die Ernährung des Viehes und insbesondere für die Milchproduktion. Welcher hoher Nährwert den Trebern und den Malzkeimen zuerkannt wird, geht auch daraus hervor, daß Deutschland in Friedenszeiten sehr erhebliche Mengen Treber und Malzkeime aus dem Auslande eingeführt hat, obwohl die inländische Brauindustrie jährlich schon ungefähr 30 000 000 Zentner Masttreber gleich 8 000 000 Zentner Trodentreber erzeugt. Aus dem Auslande wurden im Jahre 1915 außerdem noch mehr als 3 000 000 Zentner Treber und Malzkeime im Werte von annähernd 21 000 000 Mark eingeführt.

Ferner kommt als in letzter Zeit in seinem Nährwert immer mehr erkanntes und gewürdigtes Brauereierzeugnis die Bierhefe in Betracht. Von ihr sagt Professor Kellner a. a. O.: „Da die Trodenhefe zu den eiweißreichsten Stoffen gehört, die für die Fütterung zur Verfügung stehen, so wäre eine vermehrte Herstellung derselben nur zu wünschen.“

Nach diesen auf wissenschaftlicher Grundlage ermittelten und in der Erfahrung vollauf bewährten Feststellungen kann gar keine Rede davon sein, daß die Gerste durch die Verarbeitung zu Bier entwertet wird. Im Gegenteil: Der Nährwert des Gerstentorns wird im Bier den Trebern, den Malzkeimen und der Hefe voll erschlossen und dem Menschen im Bier, im Fleisch und vor allem in der Milch bis zur letzten Kalorie nutzbar gemacht.

Wissenschaftlich nachgewiesen findet überhaupt die Gerste in der Brauerei die bestmögliche Ausnutzung, nämlich bis zu 95 Prozent, bei der Gruppenfabrikation

nur bis zu 60 Prozent, während bei der Herstellung von Malzkaffee ein direkter Nährverlust von 70—75 Prozent eintritt und das Abfallprodukt vollständig unausgenutzt mit dem Kaffeegut zumeist weggeworfen wird.

Trotz aller Machinationen der Abstinenten läßt sich der Durst unserer schwer kämpfenden Truppen nicht vermeiden und der Heeresbedarf in Ost und West ist auf monatlich 500 000 Hektoliter Bier angewachsen, und die Oberste Heeresleitung und das Rote Kreuz haben die Bedeutung des Biergenusses für die Feldtruppen zur Hebung der Stimmung und zur Bekämpfung von infektiösen Seuchen, wie Ruhr und Cholera, voll anerkannt.

Die Heeresleitung hat daher auch für das ab 1. Oktober 1916 neubeginnende Kontingentsjahr vorsorglich 50 000 Waggons gleich 1 Millionen Zentner Gerste, für sich sichern stellen lassen.

Interessant für Nichteingeweihte dürfte auch die Feststellung sein, daß den Schweinemästern 50 000 Waggons gleich 1 000 000 Zentner Gerste vorwiegend von der Reichsregierung zur Verfügung gestellt wurden, wovon Preußen unter Ausschluß des selbständigen Königreichs Bayern 40 000 Waggons erhält.

Die Ankaufspreise der sogenannten Industrieergerste bei den Landwirten sind festgesetzt auf 30,— Mark für 100 Kilogramm nebst 4,— Mark als Druschprämie bis 15. Oktober 1916 für 100 Kilogramm, 3,— Mark als Druschprämie bis 31. Dezember 1916 für 100 Kilogramm, und 2,— Mark als Druschprämie bis 31. Januar 1917 für 100 Kilogramm.

Die Brauereien haben an die Reichs-Gerstengesellschaft 42,— Mark für 100 Kilogramm nebst Fracht und Zufuhrspesen zu bezahlen.

Die Schweinemäster erhalten die Gerste geliefert zu 25,— Mark für 100 Kilogramm. Den Unterschied des Lieferungspreises von 1 Million Zentner Schweinemästgerste gleich 25 Millionen Mark, gegen den Ankaufspreis bei den Landwirten mit durchschnittlich 32 Millionen Mark, also den Differenzbetrag von 7 Millionen Mark, muß die Brauindustrie aus ihrer Tasche bezahlen.

Zum Schluß sei solchen Schwärmern, welche eine direkte Schließung der Brauereien über die Kriegsdauer bei der Reichsregierung verlangen, bemerkt, daß in den deutschen Brauereien 3,344 Milliarden Mark festgelegt sind, daß dieselben jährlich an 200 Millionen Mark Gehälter und Löhne ausbezahlen und an Abgaben für Staats-, Gemeinde- und Kommunalsteuer jährlich 70 Millionen Mark und an staatlicher Brausteuer einschließlich Bayerns nahezu 300 Millionen Mark abführen.

Bei der herrschenden Finanznot in allen Bundesstaaten und Gemeinden werden deshalb die führenden, einflußreichen Männer Deutschlands nur nach reiflicher Ueberlegung und soweit es die Volksernährung unbedingt erfordert, die Brauindustrie noch mehr einschränken, und dieselbe hat alles Vertrauen hierzu trotz Geschrei und Stimmungsmacherei der Blautreuzler und Guttempler.

Aktienbierbrauerei Lübeck. Hanja-Brauerei A.-G.
H. Lüdt. Lübecker Vereinsbrauerei e. G. m. b. H.